

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Sie ersuchen, auch gemäß unserer neuen Geschäftsordnung jetzt die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Bedanke mich bei Dr. Zwanzger und den Klubobleuten, dass sie wieder im Vorfeld sich abgestimmt haben und eine große Anzahl von Gemeinderatsstücken zusammengetragen haben, die nicht berichtet werden und als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke Nummer 2), 3), 4), 5), 6), 7) und 8), wobei die Stücke nunmehr 7) und 8) gegen die Stimmen des BZÖ beschlossen sind. Das Stück Nummer 9) ist abgesetzt, die Stücke 11), 12) und 13), das Stück Nummer 14) gegen die Stimmen des BZÖ. Vom Nachtrag die Stücke Nummer 3), 4), 5), 6), 7), 8) und 9) auch das Stück 10), ebenfalls heute nicht im Gemeinderat behandelt werden die Stücke 11), 12) und 13), die werden nicht behandelt, die sind abgesetzt. Am 2. Nachtrag das Stück Nummer 18), das ist ARGE Elmost Vertretung der Stadt Graz in der Vollversammlung ist gegen FPÖ und BZÖ beschlossen. Ich darf gleich den ersten Berichterstatter zum Rednerpult bitten. In der öffentlichen Tagesordnung hat der Antragsteller zehn Minuten Redezeit, für alle übrigen Redner bitte fünf Minuten.

2) A 5 – 1580/2004, Ref. 5

Seniorenwohnanlage Körblergasse
82, 82a und 82b; Teil-Umwidmung des
Verwendungsnachweises für dringend
notwendige Erhaltungsarbeiten

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes der Umwidmung des Finanzmittelbedarfs der Brüstungssanierung für die Brandschutzmaßnahmen in Höhe von € 103.035,93 zustimmen.

3) A 6 – 024396/2003/0037

Pilotprojekt „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ für den Zeitraum: 1.1.2010 – 31.12.2012 - Kooperationsvereinbarung

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche, Familien und Sport stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichts gemäß § 45 Abs. 2 Z 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

Dem beabsichtigten Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit dem jeweiligen Schwerpunktträger des Sozialraumes 1 – 4 im Rahmen des Pilotprojekts „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ wird zugestimmt.

4) A 8 – 743/2009-84

Stadtschulamt,
VS Berliner Ring, Wassereintritt
Nachtragskredit über €246.800,- in der
OG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG des Voranschlages 2009 werden die Fiposse

| | | |
|------------------------------------|--|-------------|
| 1.21100.614000 | „Instandh. von Gebäuden“ um | € 206.700,- |
| 1.21100.400010 | „Geringwertige Wirtschaftsgüter d. Anlagevermögens“ um | € 40.100,- |
| erhöht und zur Bedeckung die Fipos | | |
| 1.97000.729000 | „Sonstige Ausgaben“ um | € 246.800,- |

gekürzt.

Der Eckwert des Stadtschulamtes wird somit um € 246.800,- erhöht.

5) A 8 – 674/2009-35

Kanalbauamt

Kanalisation Janischhofweg BA 147

1. Projektgenehmigung über € 570.000,-
in der AOG 2009-2011

2. Ausgabeneinsparung über € 20.000,-
in der AOG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der AOG 2009-2011 wird die Projektgenehmigung „Janischhofweg BA 147“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 570.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

| Projekt | Ges.Kost. | RZ | MB 2009 | MB 2010 | MB 2011 |
|--------------------------|-----------|-----------|---------|---------|---------|
| Janischhofweg, BA 147 | 570.000 | 2009-2011 | 10.000 | 510.000 | 50.000 |

beschlossen.

2. In der AOG des Voranschlags 2009 werden die Fiposse

5.85100.004070 „Wasser- und Kanalisationsbauten,
Janischhofweg BA 147“

6.85100.298172 „Rücklagen, BA 147“

um je € 20.000,- gekürzt.

6) A 10/2 – 029619/2009

Bauabschnitt 147 Kanalisierung
Janischhofweg
Projektgenehmigung über € 570.000,-
excl. MWSt.
VASSt. 5.85100.004070

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den Bauabschnitt 147 – Kanalisierung Janischhofweg über € 570.000,- exkl. MWSt auf der VASSt 5/85100.004070 wird erteilt.

7) A 8 – 674/2009-36

Kanalbauamt,
Kanalisierung Am Raketengrund BA 122
1. Projektgenehmigung über € 450.000,-
in der AOG 2008-2011
2. Ausgabeneinsparung über € 257.200,-
in der AOG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der AOG 2008-2011 wird die Projektgenehmigung „Am Raketengrund, BA 122“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 450.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

| Projekt | Ges.Kost. | RZ | Ausgaben bis 31.12.2008 | MB 2009 | MB 2010 | MB 2011 |
|------------------------|-----------|-----------|-------------------------|---------|---------|---------|
| Am Raketengrund BA 122 | 450.000 | 2008-2011 | 2.900 | 30.000 | 380.000 | 37.100 |

beschlossen.

2. In der AOG des Voranschlages 2009 werden die Fiposse

5.85100.004360 „Wasser- und Kanalisationsbauten,
 Am Raketengrund BA 122“

6.85100.298782 „Rücklagen, BA 122“

um je € 257.200,- gekürzt.

8) A 10/2 – 029579/2009

Bauabschnitt 122 Kanalisierung Am Raketengrund
Projektgenehmigung über € 450.000,-
excl. MWSt.; VASSt. 5.85100.004360

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den Bauabschnitt 122 – Kanalisierung Am Raketengrund über € 450.000,- exkl. MWSt. auf der VASSt 5.85100.004360 wird erteilt.

11) A 8/4 – 9458/2009

Murpark – Geh- und Radweg;
Gdst.Nr. 385, KG Liebenau, Auflassung
von 1.3919 m² aus dem öffentlichen Gut,
wertgleicher Tausch gegen 1.669 m² der
Gdst.Nr. 294/3 und 186/1, KG Liebenau
und Übernahme in das öffentliche Gut

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5, 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1) Die Auflassung einer 1.319 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 385, EZ 50000, KG Liebenau, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2) Der kostenlose und wertgleiche Grundtausch zwischen der Stadt Graz, als Eigentümerin einer 1.319 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 385, EZ 50000, KG Liebenau, und der DHP Immobilien – Leasing Gesellschaft mbH, als Eigentümerin einer 738 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 286/1, EZ 1261 sowie

einer 931 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 294/3, EZ 1235, wird im Sinne der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

- 3) Die Übernahme der 1.669 m² abgetauschten Grundstücksflächen in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 4) Sämtliche mit der Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages beziehungsweise der Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren werden von der Stadt Graz getragen.
- 5) Die Vermessung, die Errichtung des grundbuchsfähigen Teilungsplanes und die Herstellung nach Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch die Stadt Graz beziehungsweise deren Beauftragten.
- 6) Die Errichtung des Tauschvertrages – wenn erforderlich – erfolgt durch die Stadt Graz, Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

12) A 8/4 – 20972/2009

Ziehrerstraße
Auflassung vom öffentlichen Gut der
Stadt Graz und Verkauf einer ca. 267 m²
großen Teilfläche des Gdst.Nr. 379/1, EZ
50000, KG Liebenau

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung einer ca. 267 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 379/1, EZ 50000, KG Liebenau, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2.) Der Verkauf einer ca. 267 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 379/1, EZ 50000, KG Liebenau, an das Österreichische Kinderrettungswerk, Landesverband Steiermark, zu einem Kaufpreis von € 120,-/m², somit insgesamt € 32.040,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

- 3.) Die Errichtung des Kaufvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten des Österreichischen Kinderrettungswerkes, Landesverband Steiermark.
- 4.) Der Kaufpreis in der Höhe von € 32.040,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

13) GGZ – 21797/2008
A 8 – 034133/2007-9

Krankenhausinformationssystem
Projektgenehmigung über € 1.062.000,-
für die Jahre 2009-2018

Der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren stellt den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008, die Projektgenehmigung für die Einführung eines Krankenhausinformationssystems in den Geriatrischen Gesundheitszentren über € 1.062.000,- an die Fa. NEXUS/CIS erteilen; diese Summe beinhaltet sämtliche einmalige Anschaffungskosten wie auch alle laufenden Kosten (Support, Wartung, Updates etc.) für die nächsten 10 Jahre.

14) GGZ – 26714/2009

Parkplatzgebühren der GGZ

Der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Die Gebühren für die Benutzung von Parkplätzen der GGZ werden ab 1.1.2010 wie folgt geregelt:

Parkplätze in Tiefgaragen und bei überdachten,
genehmigten Plätzen:

| | <u>netto</u> | <u>USt.</u> | <u>gesamt</u> |
|------------------------------------|--------------|-------------|---------------|
| MitarbeiterInnen der GGZ monatlich | € 22,50 | € 4.50 | € 27.00 |
| Fremdmieter monatlich | € 73.33 | € 14.67 | € 77,99 |

| | | | | |
|--|-----------------|---------|--------|---------|
| Einfahrtsberechtigung Samstag/ Sonntag in Tiefgarage im genehmigten Einzelfall | pro Tag | € 2.08 | € 0,42 | € 2.50 |
| Parkplätze auf genehmigten Freiflächen der GGZ im PWH Geidorf/PWH Rosenhain: | monatlich | € 14.17 | € 2.83 | € 17.00 |
| Parkplätze für BesucherInnen der GGZ – Dorothee-Sölle-Weg | pro Stunde | € 0,83 | € 0,17 | € 1,00 |
| | Tageshöchstsatz | € 5,00 | € 1.00 | € 6.00 |

NT 3) A 8 – 674/2009-41
A 8 – 743/2009-88

Sozialamt, ESF-Schwerpunkt „Integration
arbeitsmarktferner Personen“;
1. Verlängerung und Erhöhung der
Projektgenehmigung in der AOG 2009
um € 26.600,-
2. Kreditansatzverschiebung über
€ 26.600,- in der AOG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 in Verbindung mit § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der AOG 2009 wird die Erhöhung der Projektgenehmigung „Graz-Jobs“ von € 150.000,- auf € 176.600,- im Rahmen des AOG-Programms 2006-2010

| Projekt | Ges.Kost. | RZ | MB 1.1.2008 - 30.9.2009 | MB 1.10.2009 - 31.12.2009 |
|-----------|-----------|-----------|----------------------------|------------------------------|
| Graz-Jobs | 176.600 | 2008-2009 | 150.000 | 26.600 |

beschlossen.

2. In der AOG des Voranschlages 2009 werden die Fiposse

| | | |
|----------------|---|------------|
| 5.42900.755000 | „Lfd. Transfers an Unternehmungen, Graz-Jobs“ um | € 12.500,- |
| 5.42900.757000 | „Lfd. Transfers an priv. Organisationen o. Erwerbsch., Graz-Jobs“ um | € 14.100,- |

erhöht und die Fipos

5.42900.050000 „Sonderanlagen, Containersiedlung“ um € 26.600,-
gekürzt.

NT 4) A 5-18486/2008-2

ESF – Schwerpunkt „Integration
arbeitsmarktferner Personen“
Verlängerung des Teilprojektes „Graz-
Jobs“ von 1.10.2009 bis 31.12.2009 und
Aufwandsgenehmigung über € 26.476,34

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt gemäß § 45 Abs. 2 (7) des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat möge die Verlängerung des Teilprojektes „Graz-Jobs“ von 1.10.2009 bis 31.12.2009 bewilligen und die Zuteilung der auf die fünf Trägerorganisationen anfallenden Beträge, präliminiert auf den Fipos 5.42900.755000 und Fipos 5.42900.757000 aufwandsgenehmigen.

NT 5) A 8 – 674/2009-34a

Stadtschulamt,
Ganztägige Schulformen,
Erhöhung der Anzahl der
Betreuungsgruppen an diversen Schulen,
Erhöhung der Projektgenehmigung um
€1.100.400,- in der OG 2009-2011

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG 2009-2011 wird die Erhöhung der Projektgenehmigung „Ganztägige Schulformen“ von € 2.749.600,- auf € 3.850.000,-

| Projekt | Ges.Kost. | RZ | MB 2009-2011 (alt) | MB 2009 (neu) | MB 2010 (neu) | MB 2011 (neu) |
|--|-----------|-----------|--------------------|---------------|---------------|---------------|
| Ganztätige Schulformen – PädagogInnen für den Freizeitteil | 3.850.000 | 2009-2011 | 2.749.600 | 321.900 | 458.700 | 319.800 |

beschlossen.

Diese Kosten sind über die Eckwerte 2009-2011 des Stadtschulamtes zu finanzieren.

NT 6) SSA – 5429/2004-123

Schulen mit Tagesbetreuung;
Erhöhung der Anzahl der
Betreuungsgruppen an 11 Volksschulen,
4 Hauptschulen und 1 Sonderschule;
Beistellung von PädagogInnen für den
Freizeitbereich; Beistellung von
Küchenpersonal an der VS Geidorf und
VS Gösting;
Vereinbarungen mit WIKI Steiermark,
Kinderfreunde Steiermark, ISOP
Innovative Sozialprojekte GmbH und
SALOE Projektmanagement &
Consulting; Erhöhung der Projekt-
genehmigungen für die Jahre 2009 bis
2011 von € 2.749.600,- auf € 3.850.000,-
(Mehrbedarf € 1.100.400,-)

Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. der Beistellung von pädagogischem Personal für die Freizeitbetreuung und Personal für die Essensausgabe an ganztägigen Schulformen mit einem Finanzierungsaufwand von insgesamt € 3.850.000,- für die Zeit 2009 bis 31.8.2011 die Zustimmung erteilen; die Bedeckung erfolgt aus den Fipossen 1.21100.728700 in der Höhe von €266.400,-, 1.21200.728700 in der Höhe von €46.200,- und 1.21300.728700 in der Höhe von €9.300,-;
2. den Abschluss der dazu erforderlichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Graz und den Vereinen WIKI Steiermark, SALE Projektmanagement &

Consulting, ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH und Kinderfreunde Steiermark, laut beiliegender Mustervereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildet, genehmigen.

NT 7) A 8 – 674/2009-34b

Stadtschulamt
VS und HS Ellen Key,
Nachmittagsbetreuung;
Projektgenehmigung über € 45.600,- in
der OG 2009-2010

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der OG 2009-2010 wird die Projektgenehmigung „VS und HS Ellen Key - Nachmittagsbetreuung“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 45.600,-

| Projekt | Ges.Kost. | RZ | MB 2009 | MB 2010 |
|---|-----------|-----------|---------|---------|
| VS und HS Ellen Key Nachmittagsbetreuung | 45.600 | 2009-2010 | 16.000 | 29.600 |

beschlossen.

Die Kosten für 2010 sind über den Eckwert 2010 des Stadtschulamtes zu finanzieren.

2. Die Bedeckung des Betrages von € 16.000,- für das Schuljahr 2009 erfolgt auf der Fipos 1.21300.728700 „Entgelte für sonstige Leistungen“.

NT 8) SSA-29299/2006-10

Nachmittagsbetreuung an der VS und HS
Ellen Key;
Beauftragung der Kinderfreunde
Steiermark für das Schuljahr 2009/2010;
Projektgenehmigung über € 45.600,-

Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle einer Weiterführung der Nachmittagsbetreuung an der VS und HS Ellen Key mit einem Finanzierungsaufwand für die Stadt Graz für den Zeitraum vom Schulbeginn 2009 bis 31.8.2010 von € 45.600,- die Zustimmung erteilen; die Bedeckung erfolgt aus der Fipos: 1.21300.728700 sowie die zur Projektrealisierung erforderliche Vereinbarung zwischen der Stadt Graz und dem Verein Kinderfreunde Steiermark, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildet, genehmigen.

NT 9) A 8 – 674/2009-34c

Stadtschulamt,
Ganztägige Schulformen,
Neueinrichtung an der VS Triester und
VS Waltendorf
Projektgenehmigung über € 343.200,- in
der OG 2009-2011

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der OG 2009-2011 wird die Projektgenehmigung „Ganztägige Schulformen, VS Triester und VS Waltendorf“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 343.200,-

| Projekt | Ges.Kost. | RZ | MB 2009 | MB 2010 | MB 2011 |
|--|-----------|-----------|---------|---------|---------|
| Ganztägige Schulformen – VS Triester und VS Waltendorf | 343.200 | 2009-2011 | 42.600 | 171.800 | 128.800 |

beschlossen.

Die Kosten für 2010 und 2011 sind über die jeweiligen Eckwerte des Stadtschulamtes zu finanzieren.

2. Die Bedeckung des Betrages von € 42.600,- für das Schuljahr 2009 erfolgt auf der Fipos 1.21100.728700 „Entgelte für sonstige Leistungen“.

NT 10) SSA – 5429/2004-122

Neueinrichtung von ganztägigen Schulformen an der VS Triester und VS Waltendorf; Beistellung von PädagogInnen für den Freizeitbereich; Vereinbarung mit SALE Projektmanagement & Consulting und WIKI Steiermark; Projektgenehmigung für die Jahre 2009 bis 2011 über € 343.200,-

Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. der Beistellung von pädagogischem Personal für die Freizeitbetreuung an den ganztägigen Schulformen VS Triester und VS Waltendorf mit einem Finanzierungsaufwand von insgesamt € 343.200,- für die Zeit vom Schulbeginn 2009/2010 bis 31.8.2011 die Zustimmung erteilen; die Bedeckung erfolgt aus der Fipos 1.21100.728700 in der Höhe von € 42.600,-;
2. den Abschluss der dazu erforderlichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Graz und den Vereinen SALE Projektmanagement & Consulting und WIKI Steiermark, beiliegender Mustervereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildet, genehmigen.

NT 18) Präs. 31409/2009-1

ARGE ElmoSt;
Vertretung der Stadt Graz in der
Vollversammlung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Als Vertretung der Stadt Graz werden in die Vollversammlung der „ARGE ElmoSt“ als Mitglied Frau Bgm.-Stvin. Lisa Rücker und als deren Stellvertreter Herr Dipl.-Ing. Robert Schmied, Referent im Bürgermeisteramt, entsandt.
- 2) Die die ARGE ElmoSt betreffenden übrigen Angelegenheiten, einschließlich der finanziellen Belange, werden von der A 23 - Umweltamt wahrgenommen.

3) Dieser Gemeinderatsbeschluss bedarf zu seiner Gültigkeit der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates zu dem von der A 23 in dieser Angelegenheit korrespondierend eingebrachten Gemeinderatsantrag.

Die Tagesordnungspunkte 2), 3), 4), 5), 6), 11), 12), 13), NT 3), NT 4), NT 5), NT 6), NT 7), NT 8), NT 9) und NT 10) wurde einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 7), 8), 14) und NT 18) wurden mit Mehrheit angenommen

Berichterstatter: GR. Rajakovics

1) MD-031992/2009

Bericht Integrationsreferat
Städtekoalition gegen Rassismus - 10
Punkte Aktionsplan - Maßnahmenkatalog
2010-2013

GR. **Rajakovics**: Ich werde die zehn Minuten nicht ausschöpfen. Außer der Klaus Eichberger möchte, dass ich das etwas ausführlicher berichte. Es geht um ein sehr wichtiges Stück, weil die Stadt Graz mit einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss im Jahr 2001 sich zur UNO-Menschenrechtsstadt erklärt hat, bisher auch die einzige in Europa ist von 24 weltweit, und als eine Auswirkung dieser Menschenrechtsstadtaktivitäten hat sich die Stadt Graz auch bemüht, verstärkt im Thema Rassismus und Antirassismus Stellung zu beziehen und ist im Jahr 2005 der Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten. In dieser Städtekoalition sind zur Zeit über 107 Städte vertreten, unter anderem große Städte wie Madrid, London, seit heuer auch München, die gemeinsam probieren, und das ist das Besondere, warum auch Städte dieser Koalition relativ gerne beitreten, weil es ein sehr ganz abgegrenztes konkretes Feld ist, um das es geht, nämlich um Ausgrenzung von Menschen auf Grund ethnischer Herkunft oder religiöser Herkunft. Diese Städtekoalition ist eine Initiative der UNESCO, sie wird auch weiterhin von der

UNESCO getragen, es gibt neben der europäischen auch eine afrikanische, eine nordamerikanische Städtekoalition, das heißt, wir sind da in einem sehr großen Städtenetzwerk vertreten und wurden im Jahr 2006 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) für die Periode bis zur heurigen Generalversammlung auch in den Lenkungsausschuss dieser Städtekoalition gewählt. Verpflichtet haben wir uns mit dem Gemeinderatsbeschluss, hier beizutreten, auch zehn Punkte jeweils festzulegen, an denen wir uns orientieren wollen, was wir machen, um dieser Städtekoalition gegen Rassismus zu zeigen, dass es uns ernst ist im Kampf gegen diese Ausgrenzung. Wir haben in der letzten Periode festgelegt, dass wir ein Integrationsreferat gründen, wir haben festgelegt, dass wir einen interreligiösen Beirat einrichten werden, wir haben festgelegt, dass wir einen Menschenrechtsbeirat einrichten werden, wir haben unter anderem auch festgelegt, dass wir bei Ausschreibungen, die die Stadt Graz tätigt, darauf hinweisen, dass Bieter dann ausgeschlossen werden, wenn nachweislich rassistische Tätigkeiten ihres Unternehmens oder in ihrem Unternehmen festzustellen sind. Dieses Zehn-Punkte-Programm wurde vom Europäischen Trainingszentrum für Menschenrechte überprüft und das Ergebnis dieses ersten Zehn-Punkte-Programms ist heuer an die UNESCO übermittelt worden mit einem sehr positiven Rückhalt, weil wir von 104 Städten, glaube ich, jetzt die zwölfte waren, die wirklich diesen Bericht abgegeben haben und es ist erfreulich, weil es zeigt, dass die Stadt Graz das sehr ernst nimmt (*Applaus ÖVP*). Was wir heute beschließen, ist ein neuerliches Zehn-Punkte-Programm, das heißt, es wurden in einer Arbeitsgruppe, in der alle Fraktionen vertreten waren, beziehungsweise eingeladen waren mitzuarbeiten, auch die Magistratsdirektion eingebunden war, wurde ein neues Zehn-Punkte-Programm für die nächsten drei Jahre erarbeitet. Ich nehme an, dass die meisten von Ihnen sich das angesehen haben, die Fraktionen selbst waren ja eingebunden in die Erarbeitung. Es geht um Punkte, die vielleicht noch verstärkt zeigen, dass es gerade im Bereich der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Bereich des interreligiösen Dialogs das eine oder andere geben könnte, wo auch wir uns noch verbessern können und ich ersuche, weil es im Ausschuss leider keine ganze Einstimmigkeit gegeben hat, aber das Thema Rassismus so eindeutig ist und das wir, glaube ich, uns alle bekennen dazu, diesen Rassismus in unserer Stadt nicht zu wollen. Ich ersuche, dass es vielleicht doch zu einer einstimmigen Annahme dieses Stücks kommt (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz stimmt dem beiliegenden Maßnahmenkatalog 2010 bis 2013 zum 10-Punkte-Aktionsplan der Städtekoalition gegen Rassismus zu.
2. Der Maßnahmenkatalog ist nach Unterfertigung durch den Herrn Bürgermeister an das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg und die UNESCO zu übersenden.

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Also langsam verliert man etwas den Überblick im Dschungel der Aktionsprogramme, der Vereinbarungen und Konventionen. Ich glaube, das was für uns gilt, was für Österreich gilt und was natürlich selbstverständlich auch für die Stadt Graz gilt ist, dass wir uns bekennen zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, zum internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, zum internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, zum internationalen Übereinkommen zur Beseitigung von Rassendiskriminierung, zur Genfer Flüchtlingskonvention, zum Übereinkommen gegen Folter, zur Konvention über die Rechte des Kindes, zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zur Europäischen Sozialcharta, zum Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und, und, und. Also ich glaube, dass das ein ganzer Katalog an Konventionen und Übereinkommen ist, die ausreichend Schutz vor diesen Annahmen, die Sie hier tätigen, bieten und ich glaube, es bleibt Ihnen natürlich, das kann man hier sagen, selbstverständlich unbenommen, ein weiteres Aktionsprogramm hier zu unterschreiben und in Szene zu setzen, die Notwendigkeit muss hier aber ganz klar und eindeutig angezweifelt werden (*Applaus FPÖ*). Zumal dieses Zehn-Punkte-Programm auch schwer wiegende politische Konsequenzen nach sich zieht, die diametral unseren freiheitlichen Grundsätzen gegenüberstehen und ich bin mir sicher, nicht nur unseren Grundsätzen diametral gegenüberstehen. Hier wird Antirassismus und die Frage der Menschenrechte verwendet, um ganz klar

ideologische Maßnahmen ableiten zu können, die nicht zwingend aus menschenrechtlicher Sicht notwendig sind. Und ich möchte Sie hier auch ganz kurz konfrontieren damit, was ich hier meine. Diese Empfehlungen, dieses Zehn-Punkte-Programm gehen so weit, dass hier ganz klar herauszulesen ist und festgeschrieben ist, dass es zu einer interkulturellen Öffnung des Magistrates kommt, das lehnen wir ab. Das bedeutet, dass in Zukunft ausländische Bewerber eine Bevorzugung erfahren, was die Aufnahme des Magistrates betrifft, es kommt auch zu einer Quote, das kann man zwischen den Zeilen ganz eindeutig herauslesen und das ist etwas, was wir politisch ablehnen. Weiters ist abzuleiten aus diesem Zehn-Punkte-Programm und zwar die Implementierung des Menschenrechtsbeirates als empfehlendes, und nicht nur wie es vorgesehen war, als beobachtendes Organ, abzuleiten ist der Bau einer Moschee, abzuleiten ist eine Bekämpfung von missliebiger Wahlwerbung, was eindeutig auch in den Bereich, aus unserer Sicht, der Zensur fällt und ich glaube, Sie brauchen hier nicht immer diese Maßnahmen hinter solchen Programmen, Zehn-Punkte-Programmen verstecken und dann irgendwann klammheimlich einzuführen. Sagen Sie diese Vorhaben, die hier aus diesem Zehn-Punkte-Programm auch resultieren der Bevölkerung. Ich glaube, das ist etwas, was sich die Grazer tatsächlich auch verdient haben. Für uns ist das ein politisches Maßnahmenpaket, Menschenrechte werden dafür einseitig strapaziert, für uns ist auf Grund der unterschiedlichsten Konventionen, ich habe sie vorher ganz kurz auch in Erinnerung gerufen, Konventionen, Übereinkünfte und Verträge, die für uns und, so hoffe ich doch, für alle selbstverständlich bindend sind, ist das ausreichend und aus den vorher gesagten Gründen lehnen wir Freiheitliche dieses Zehn-Punkte-Programm ab (*Applaus FPÖ*).

GR. **Baumann:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist eigentlich ein sehr erfreulicher Tag heute, das zweite Mal ein Zehn-Punkte-Programm präsentiert zu bekommen vom Integrationsreferat, von unseren Kollegen und Kolleginnen in der Zusammenarbeit mit der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Natürlich sind in diesem Zehn-Punkte-Programm zehn Punkte, die wir gerne der Öffentlichkeit präsentieren und einige davon möchte ich Ihnen hier im Gemeinderat präsentieren und einige weitere werden wir unter die Menschen

bringen, weil sie sind der Beweis dafür, dass Graz eine würdige Stadt ist im Kampf gegen Rassismus. Wir sind als Stadt Graz im Lenkungsausschuss dieser europäischen Initiative und somit auch als Vorreiterin zu sehen. Diese zehn Punkte sind aufgeteilt in mehrere sehr wichtige Bereiche. Ein Bereich verstärktes Wachstum gegen Rassismus. Schon der 2007 eingerichtete Menschenrechtsbeirat der Stadt, in dem verschiedene gesellschaftliche Akteure und Akteurinnen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) vertreten sind, Repräsentantinnen und Repräsentanten der politischen Parteien, der NGOs, der Polizei, der Justiz und der Stadtverwaltung, um die örtliche Situation einschätzen zu können, werden gestärkt und statutengemäß in den Gemeinderat oder durch den Gemeinderat implementiert. Eine ganz wichtige Forderung, die in den nächsten drei Jahren umzusetzen ist Die Stadt verpflichtet sich bei Bewerbung jeglicher Art, in allen Bereichen Werbung zu unterlassen, die mittelbar oder unmittelbar diskriminierend und rassistisch ist. Im Punkt zwei werden Daten erhoben, um rassistische Vorkommnisse in der Stadt erheben zu können. Im Punkt 3 geht es um Unterstützung der Opfer von Rassismus, es wird eine Einrichtung, eine Ombudsstelle für Menschenrechte und gegen Diskriminierung, geprüft, es soll die Förderung und die Sicherung lokaler unabhängiger Einrichtungen, die opferrechtlich und psychologisch Beistand leisten, gesichert werden. Im Bereich der Informationen für Bürger und Bürgerinnen über ihre Rechten und Pflichten, hier sollen Verbreitung von Publikationen, die über die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und der Bürger in einer multikulturellen Gesellschaft über die Antirassismuspolitik der Stadtverwaltung und über Sanktionen für rassistisches Verhalten und über Kontaktadressen diesbezüglich informiert werden. Ein ganz entscheidender Punkt, der uns im Kampf gegen den Rassismus hier vor Ort in Graz eine Hilfe sein wird. Weitere Punkte zur Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Vertreterinnen und Vertreter des Menschenrechtsbeirates werden zu einer der monatlichen Dienststellensitzungen des Magistrates zu ihrer Diskussion über die Sicherstellung diskriminierungsfreier städtischer Dienstleistungen herbeigezogen. Der Menschenrechtsbeirat führt diese Diskussion in geeigneter Form auch mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der städtischen Beteiligungen. Etwas, was wir uns aus Grüner Sicht schon lange gewünscht haben, und der schon angesprochene Punkt, was die Stadt als Arbeitgeberin angeht, die Stadt ist verpflichtet, als Arbeitgeberin Chancengleichheit zu gewährleisten. Eine Maßnahme daraus ist die Einführung von Maßnahmen zur Förderung von

interkulturellen Kompetenzen innerhalb der Stadtverwaltung und zweite Forderung, zweite Maßnahme, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden wird, die interkulturelle Öffnung des Magistrates. Eine ganz tolle Leistung, die vor allem in Bereichen der Pflege, im Bereich des Kindergartens, der Kindergärtner, aber auch im Bereich der Ordnungswache sehr viel Erfolg mit sich bringen wird. Weitere Chancengleichheit am Wohnungsmarkt, es sollen konkrete Planungen im Rahmen der Stadtentwicklung passieren, dass Segregation und Separation nicht mehr vorkommen. Und zuletzt zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung, die Schulung kultureller Vielfalt als Chance und Ressource ist ab dem Kindesalter für alle Bevölkerungsgruppen vordringliche Aufgabe der Menschenrechtsbildung in Graz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, fünf Minuten sind um.

GR. **Baumann**: Ich danke sehr den anderen Kollegen und Kolleginnen für die Annahme dieses tollen Zehn-Punkte-Programms und hoffe, dass die freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen der freiheitlichen Partei nun doch auch noch mitstimmen können. Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diesen vorliegenden Zehn-Punkte-Aktionsplan für ein ganz, ganz wichtiges politisches Signal in unserer Stadt und bezogen auf das Statements des Kollegen von der FPÖ ist für mich unvorstellbar, wie man Menschenrechte teilen kann und sagen kann, die einen, denen gestehen wir Menschenrechte zu, den anderen nicht, und für mich ist also mit Menschenrechten untrennbar verbunden der Einsatz, der Kampf, Maßnahmen zu setzen gegen Rassismus, gegen Diskriminierung, gegen Fremdenfeindlichkeit. Also ich kann das eine von dem anderen aus meiner Sicht niemals trennen und deshalb finde ich auch die

Vorgangsweise mit den zehn Punkten, die gewählt worden sind als nächste Schritte, für ganz, ganz wichtig. Und ich beurteile das Statement des Kollegen von der FPÖ so, dass ich sage, die FPÖ hat Angst, Ängste nicht mehr ungestraft schüren zu können und wenn das so ist und wenn Maßnahmen in diese Richtung auch greifen, dann trete ich besonders gerne für die Umsetzung dieses Zehn-Punkte-Plans ein. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne oben, auf der Galerie! Wir seitens des BZÖ stehen zu den umfassenden Menschenrechten in Graz, aber auch woanders weltweit, und wir erteilen unsere Zustimmung heute zu diesem Zehn-Punkte-Programm, möchten aber ganz klar ausführen, dass mit diesem Zehn-Punkte-Programm de facto nur die eine Seite der Medaille abgebildet ist, nämlich jene Seite, die auf die Bedürfnisse, auf die Notwendigkeiten von Ausländern und Migranten abzielt, aber sämtliche Bedürfnisse, die die inländische Bevölkerung hier in Graz hat, die die Grazerinnen und Grazer betreffen, eigentlich in keinem Maße erwähnt oder auch berücksichtigt worden sind. Ich möchte ganz klar hervorheben, dass es auch durch den Zustrom von Ausländern, die in Graz in den letzten 10/15/20 Jahren feststellbar ist, zu gewaltigen Problemen gekommen sind, die die inländische Bevölkerung hier in Graz zu tragen hat, ob das jetzt nicht nur ein Migrationsdruck ist am Arbeitsmarkt, ob das der Drogenhandel ist, der schwerpunktmäßig von Ausländern geführt wird, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Gesundheit gerade unserer Kinder und Jugendlichen, wie man es schon oft behandelt haben, aber auch im Hinblick auf die Kriminalität, Beschaffungskriminalität und anderes, was sich da entwickelt hat. Wir wissen auch täglich in unseren Ausführungen über Lug und Betrug, die es bei Asylverfahren gibt, über Verschleppungen von Behördenverfahren, über das Nichtausüben der Abschiebungen usw. das sind alles negative Begleitmaßnahmen, die wir hier in Graz zu spüren haben und die leider in diesem Zehn-Punkte-Programm noch nicht enthalten sind, ich würde also zeitgerecht, eigentlich schon ab heute, für eine Evaluierung und Ergänzung dieses Maßnahmenkataloges plädieren. Danke sehr.

StR. Mag. **Eustacchio**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es ja nicht so oft, dass ich mich zu Wort melde, aber heute scheint es mir angebracht. Herr Gemeinderat Baumann, ist schon alles recht aus Ihrer Sicht, nachvollziehbar, es gibt halt unterschiedliche Standpunkte, wie man zu diesen Dingen und Zugängen steht. Für uns ist es halt so, dass das Recht auf einen öffentlichen oder einen Beruf im öffentlichen Bereich dem Staatsbürger vorbehalten ist. Ich verstehe schon, dass Sie das kippen wollen, dazu kann es von unserer Seite nie eine Zustimmung geben und wird es auch natürlich nie geben (*Applaus FPÖ*), ist ganz klar. Zum anderen, damit ich es auch nicht so lange mache, meine Damen und Herren, Klubobmann Sippel hat es schon eindeutig gesagt, diese Rechte, die gibt es, die sind international festgeschrieben, ich benötige nicht ein neues Punkte-Programm, wo ich noch einmal an diesem Mühlrad drehe. Was Sie einfach versuchen ist, Andersdenkende zu diskriminieren. Sie werfen uns immer vor, dass wir diskriminieren, denunzieren, rassistisch sind, nein, das machen Sie, weil was ist denn dieses Gremium, das in Zukunft beratschlagen wird, was zulässig ist, wie man es sagen darf, durch welche Formen die Dinge angeht, das ist doch Rassismus beziehungsweise das ist Meinungsdictat (*Applaus FPÖ*), weil das was Sie hier einführen und eingeführt haben, ist eine Gruppe von Personen, die dürften untadelig sein, möchte ich jetzt so dahingestellt lassen, die willkürlich über Dinge befinden und hier versuchen Sie, dem Ganzen einen Rechtsstatus zu verschaffen, den dieses Gremium nicht hat und genauso wird es auch dann immer der Bevölkerung gebracht, das ist falsch, das ist nicht richtig und das wollen wir auch so nicht und wir werden uns auch von so einem Gremium nicht das Wort verbieten lassen, das dazu. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens freue ich mich, dass ich wieder bei euch und hier in diesem Haus sein kann (*allgemeiner Applaus*). Nach langer Begleitung des Altbürgermeisters Alfred Stingl und auch jetzt den Erfahrungen, die ich mit Bürgermeister Siegfried Nagl gewonnen habe, steht es der Kulturhauptstadt Graz und der ersten europäischen Menschenrechtsstadt Graz durchaus gut an, wenn sie hier auf der Basis der UNESCO getroffene Städtekoalition gegen Rassismus und Verletzungen gegen Menschenrechte und entsprechende

Auswüchse, Diskriminierungen, nämlich nicht nur überarbeitet, sondern auch weiterschreibt und vor allem auch inhaltlich weiter verarbeitet. Ich denke, gemessen werden wir alle, wenn wir dem zustimmen, und das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen schon gesagt, an der Umsetzung. Sind wir in der Lage, das was wir eingerichtet haben an Referaten, an Ämtern, an Vorhaben, an Vorgaben, an Komitments, die wir wieder beschließen und erneuern, sind wir auch in der Lage sie in die Praxis umzusetzen und auch in der Praxis zu realisieren? Ich denke an die Ombudsstelle, ich denke an das Eintreffen in der Wirklichkeit, dass nämlich nicht nur das Magistrat bei der Besetzung seiner Stellen zukünftig, sondern auch das, was auch in anderen Bereichen dieser Gesellschaft passiert, nämlich in der Justiz, in der Polizei, Exekutive, in vielen anderen Bereichen sich bewusst wird, dass ein erheblicher Anteil der österreichischen Gesellschaft aus Migrationshintergrund besteht und diese Ankunft in der Wirklichkeit haben wir zu akzeptieren. Das Zweite, was, glaube ich, auch wichtig ist und was ich sehr positiv empfunden habe, weil es auch das Land jetzt übernommen hat in Richtung des Landtagswahlkampfes. Es war ja nicht unwichtig, dass wir eine Wahlkampfbeobachtung gemacht haben, um derartige Auswüchse wirklich zu erfassen und zu dokumentieren und wissenschaftlich zu begleiten. Ich glaube, es steht uns nur gut an als demokratisches Gremium, als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, wenn wir auch darauf achten, dass wir uns benehmen können in der Gesellschaft und dass wir achtsam beobachtet werden, nicht nur unter uns, sondern auch vom Ausland und vor allem auch von der Umgebung und der Bevölkerung, ob wir uns an die Regeln und die Spielregeln halten und nicht nur, dass wir sie fordern und einzuhalten fordern. Ich glaube, es ist auch wichtig, und der entscheidende Punkt wird ja sein und ich danke vor allem dem Friedensbüro und vor allem auch dem EDZ und vor allem auch jenen, die vor Ort, und mit den Bezirksvorstehern und Stellvertretern ist das ja gewährleistet, dass wir auf Bezirksebene vor allem die Konfliktprävention machen, die Vorbeugung in den Wohngemeinschaften (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), in den Siedlungen, dort gehört das hin, nämlich dort, wo unsere sozialen Brennpunkte sind, dort gehört diese Arbeit hin in konkreter Weise und die Entscheidung über Gedeih oder Wirken dieses Zehn-Punkte-Aktionsprogramms neu wird ja heißen, können wir die Bildungsfrage lösen. Die Bildungsfrage für uns selber, die Bildungsfrage für Migrantinnen und Migranten, und die Bildungsfrage ist die

entscheidende Schlüsselfrage für Integration in unserer Gesellschaft. In dem Sinne werden wir dem Zehn-Punkte-Programm zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Dankeschön für die doch große Zustimmung zu diesen zehn Punkten. Es waren viele Stunden Arbeit, die darin gelegen sind, danke auch der Integrationsreferentin Brigitte Köksal, weil sie heute auch zuhört (*allgemeiner Applaus*), dass sie im Moment als Alleinkämpferin das alles auch durchträgt. Ich möchte schon ein paar Sachen anmerken, die ganz wesentlich sind zum Verständnis, weil oft scheinbar alles Mögliche in Dingen gelesen wird, die nicht dort stehen. Und der Kollege Sippel sagt es ja auch schon, er liest das zwischen den Zeilen. Das was man zwischen den Zeilen liest, ist das, was man denkt, aber es ist nicht das, was da steht und es wäre euch ja zugestanden, das, was da hier steht, zu lesen und nicht zwischen den Zeilen, weil dann hättet ihr vielleicht zustimmen können, weil ich kann mir nicht vorstellen, dass ihr diesen Grundsätzen nicht zustimmen könnt und auch die Argumentation, es gibt es eh viel internationale Verpflichtungen, alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren, bedarf vielleicht einer kleinen Präzisierung, und gerade im urbanen Zentren sieht man das von gleich und gleichen Würde und Rechten, gerade wenn ich die Wortmeldung dann höre, na ja dann sollen die Ausländer, die zu uns kommen oder wieso reden wir nicht von den anderen, also wenn alle gleich an Würde und Rechten sind und das nicht ein paar Punkte der Konkretisierung bedürfte, dann bräuchten wir da nicht stehen. Offensichtlich brauchen wir diese Präzisierung, weil gerade von euch das ja in Frage gestellt wird diese Grundsätze. Diese Präzisierungen, die hier vorgenommen worden sind, sollen eines bewirken, und deshalb auch zum Kollegen Mariacher: Danke erstens für die Zustimmung, aber es gibt die Gleichbehandlungskommission, es gibt die Gleichbehandlungsstelle, es gibt Volksanwälte, diese Städtekoalition macht ganz konkret, und das macht sie ja auch interessant für viele Städte mitzuarbeiten und einen Gedankenaustausch darüber zu beginnen, ganz konkret sich Gedanken über Rassismus, natürlich betrifft Rassismus in erster Linie die Menschen, denen man es ansieht, dass sie anders aussehen. Das können aber sehr wohl in Österreich geborene Österreicher sein, die eine andere Hautfarbe haben, denen man ansieht, dass vielleicht ihre Eltern oder Großeltern im

Ausland geboren sind und da keine Diskriminierung zuzulassen. Auch zuzulassen, dass in einer in Europa, wo wir uns als Drehscheibe in einem ganzen großen Raum vom Balkan bis hinüber nach Triest auch als Drehscheibe des Wissens der Kultur sehen, dass wir auch zulassen, dass eine interkulturelle Öffnung des Magistrates bedeutet, dass man auch darauf Wert legt und einmal schaut, ob unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vielleicht doch ein paar Sprachen mehr können als wir bisher erfasst haben und einmal schauen, was können wir da hier international zeigen, was wir als Magistrat bereits schon haben. Da steht nirgends drinnen, dass Nichtösterreicher im Magistrat aufgenommen werden, wobei, wenn man sich anschaut, was man beim Pflegepersonal an Bedarf hätten, der Direktor Hartinger, das wird der Kollege Eustacchio wissen, für den ist das durchaus keine leichte Sache, wenn es eine strikte Aufnahme nur für österreichische Staatsbürger gibt, im Pflegebereich man halt in manchen Bereichen Schwierigkeiten; also eine interkulturelle Öffnung sofort auf die Seite zu schieben, das halte ich einfach für falsch. Ich halte es für den falschen Zugang, es gibt verschiedene Stellungen innerhalb der demokratischen Parteien, aber ich glaube und ich glaube, liebe Freunde von den Freiheitlichen, wenn man das nicht zur Kenntnis nimmt, wie es ist, dann kommen wir dorthin, wo uns der Herr Botschafter Lichem, der zuletzt Gast auch in diesem Haus war, UNO-Botschafter, österreichischer, jetzt schon außer Dienst, worauf er uns hingewiesen hat, es kommt zu einer Desintegration dieser Gesellschaft (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wenn wir einfach vor Dingen die Augen verschließen wollen. Auf der einen Seite wollt ihr, dass wir hinschauen, sagt ja, um Gottes Willen, da muss man hinschauen, wenn wir dann Maßnahmen beschließen, dass wir hinschauen und schauen, wie kann dieses Zusammenleben funktionieren, dann schreien die Freiheitlichen halt, nein, da sind wir nicht dabei, da gibt es irgendwelche Konventionen, von denen keiner genau weiß, was sie bedeuten, wenn wir sie konkretisieren, seid ihr die Ersten, die sagen, nein, da sind wir aber nicht dabei, also ich bin wirklich traurig, dass das nicht geklappt hat, weil das erste Zehn-Punkte-Programm noch unter der Klubobfrau Maxie Uray-Frick ist ja mit eurer Zustimmung erfolgt. Wir nehmen das so zur Kenntnis und ich möchte schließen, weil er mir sehr gut gefällt der Satz und weil man ihn, glaube ich, ganz gut verwenden kann, damit man dieses Verständnis eines urbanen Zentrums vielleicht einmal neu definieren, weil eh bald Nationalfeiertag ist, der Grönemeyer hat das so nett auf den Punkt gebracht, der hat nämlich zum Thema Heimat einen Satz gesagt

und der sagt: „Heimat ist heute weniger ein Ort, sondern ein Gefühl“ und dieses Gefühl, hier zu Hause zu sein, das wollen wir, glaube ich, für alle Grazerinnen und Grazer und diese Rahmenbedingungen möglichst gut zu gestalten. Gegen Rassismus in dem Fall aufzutreten ist Ziel dieses Zehn-Punkte-Programms. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

10) A 8/4 – 1985/2001

Triester Straße 121, städt. Gdst.Nr. 1789/57, KG Gries, im Ausmaß von 3.187 m² - einvernehmliche Auflösung des Bestandverhältnisses - Verkauf der Liegenschaft - Verzicht auf das Vor- und Wiederkaufsrecht an einer rd. 180 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 1789/39, KG Gries

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stadt Graz ist grundbücherliche Eigentümerin der Liegenschaft Triesterstraße 121 und ein Teilstück in der Größe von 3.187 m² ist im Bestand des ARBÖ, der einen Bestandszins von 1.801 Euro jährlich bezahlt. In der Nachbarschaft dieses Grundstücks ist die Firma Stein Schmieder, die dieses Grundstück zum Zweck der Betriebserweiterung erwerben möchte. Erwähnt darf auch werden, dass auch ein kleines Stück, das im Eigentum der Schule beziehungsweise der GBG liegt, in der Größe von 180 m² zur Arrondierung auch miterworben werden soll. Es wird nun der Antrag gestellt, dass die Stadt Graz das Bestandsverhältnis mit dem ARBÖ einvernehmlich vorzeitig auflöst, dieses Bestandsverhältnis hätte bis zum Jahr 2055/2056 dauern sollen und es wird eine Abschlagszahlung in der Höhe von 135.000 Euro an den Bestandnehmer genehmigt. Der Verkauf des genannten Grundstücks zum Pauschalpreis von 620.000 Euro an die Firma Schmieder möge genehmigt werden. Die Errichtungskosten und die Kosten für die Abwicklung des Vertrages sollen zu Lasten des Käufers gehen. Die Abschlagszahlung in der Höhe von 135.000 ist aus dem

Verkaufserlös von 620.000 zu leisten und der Kaufpreis von 485.000 ist auf der genannten Fipos zu vereinnahmen. Die Stadt Graz verzichtet auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes aus dem Kaufvertrag vom Jänner 2006 von der Grazer GBG und stimmt der Abtretung zu. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen:

1. Das aufgrund des Bestandvertrages vom 4.1.1966 geschlossene Bestandverhältnis zwischen der Stadt Graz und dem Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, einvernehmlich vorzeitig gelöst. Die Leistung der einmaligen Abschlagszahlung von pauschal € 135.000,- durch die Stadt Graz an den Bestandnehmer wird genehmigt.
2. Der Verkauf des 3.187 m² großen Gdst.Nr. 1789/57, EZ 1063, KG 63105 Gries, an Herrn Rainer Schmieder, Mozartgasse 7, 8055 Neuseiersberg zu einem Pauschalpreis von € 620.000,- (in diesem Betrag ist die Abschlagszahlung an den ARBÖ enthalten), wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
3. Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten des Käufers.
4. Die A 8/4 – Liegenschaftsverkehr wird ermächtigt, Behördenansuchen der Käuferin namens der Stadt Graz bis zur grundbücherlichen Durchführung der Eigentumsübertragung mitzuunterfertigen.
5. Die Abschlagszahlung in Höhe von € 135.000,- ist aus dem Verkaufserlös von € 620.000,- zu leisten. Der Kaufpreis von € 485.000,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

6. Die Stadt Graz verzichtet auf die Ausübung des im Punkt VIII des Kaufvertrages vom 16.1.2006 von der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H. eingeräumten Wiederkaufs- und Vorkaufsrechtes an einer rund 180 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 1789/39, EZ 2732 KG Gries.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

15) StRH – 13072/2009

Bericht betreffend die Prüfung
Empfehlungen für die Objektivierung von
Bezügen von Führungskräften in
städtischen Unternehmen

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Stadtrechnungshof wurde von Finanzstadtrat Gerhard Rüschi beauftragt, eine Empfehlung für die Objektivierung von Bezügen von Führungskräften in städtischen Unternehmen durchzuführen. Die Prüfung ist sogleich eine Folgeprüfung einer im Jahr 2007 abgeschlossenen Prüfung der Bezüge von Führungskräften. Die wichtigsten Ergebnisse sind wie folgt zusammengefasst: Empfohlen und erarbeitet wurde ein Schema für eine transparente Punktebewertung der von den Führungskräften getragenen Verantwortlichkeiten. Empfohlen und erarbeitet wurden weiteres ein Richtwertschema für Gehälter, das aus den Daten der Vergangenheit abgeleitet wurde. Abweichungen konkreter Verhandlungsergebnisse von den Richtwertmodellen des Stadtrechnungshofes sollen nachvollziehbar auf Basis der genannten Bewertungskriterien im Einzelfall argumentiert werden. Die konkreten Beurteilungen einer Führungsposition im Einzelfall obliegt den jeweiligen dafür zuständigen Organen. Diese sollten die Beurteilung und Bewertungen nach den im Richtwertmodell empfohlenen Kriterien durchführen und dokumentieren. Das Modell ist offen für laufende Neubeurteilungen von Führungspositionen und Verantwortungen und für geänderte Aufgabenstellungen. Das Modell lässt bewusst offen, wie die Gesellschaften organisiert sind und wie viele GeschäftsführerInnen-

/VorständInnenpositionen in den einzelnen Unternehmen für nötig erachtet werden. Das Model bietet an und argumentiert, dass zwei oder mehrere GeschäftsführerInnen einer Gesellschaft auch unterschiedlich hohe Verantwortungen und dementsprechend unterschiedlich hohe Bezüge haben können. Der Kontrollausschuss hat den oben erwähnten Prüfungsbericht des Stadtrechnungshofes in seinen Sitzungen vom 29. Juni, 14. September und 5. Oktober eingehend beraten. Der Kontrollausschuss hat die vom Stadtrechnungshof getroffenen Feststellungen ausführlich diskutiert. Sämtliche Berichtsteile betreffend die Prüfung der Empfehlung für die Objektivierung von Bezügen von Führungskräften in städtischen Unternehmen wurden vom Kontrollausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus empfiehlt der Kontrollausschuss dem Gemeinderat, eine dem Prüfbericht entsprechende Richtlinie für die Objektivierung von Bezügen von Führungskräften in städtischen Unternehmen zu erlassen. Und schließlich stellt der Kontrollausschuss den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. Bitte um Annahme. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist ein schöner Tag, nicht weil das Budget ausgeglichen ist, diese Ideen sind eh schon längst vergessen, hoffe ich, sondern weil die Politik noch sparsamer ist als der Rechnungshof. Ich habe mit dem Rechnungshofdirektor gerade vorher geredet und er freut sich, dass hier ein weiterer Sparwille gesehen wird. Der Vorschlag vom Rechnungshof hat schon Einsparungen von rund 17 % zur Folge, wie dem Bericht zu entnehmen ist und wir überlegen uns halt, ob hier nicht noch ein weiteres Sparpotential zu finden ist und in diesem Sinne möchte ich auch einen Zusatzantrag dazu einbringen.

Der Stadtrechnungshof hat ein sehr gutes Modell über die Objektivierung von Bezügen der Führungskräfte vorgelegt. Lediglich bei der Höhe der Bezüge sieht die

grün-schwarze Koalition weitere Einsparungspotentiale im Vergleich zur Fortschreibungsvariante des Stadtrechnungshofs, die angesichts der schwierigen Budgetlage auf jeden Fall lukriert werden sollten. Der Stadtrechnungshof hat ja die Höhe nicht genau angegeben, er hat sie schon genau angeschaut, aber nicht bewertet, sondern er hat die Bezüge der Vergangenheit fortgeschrieben. Um diesen politischen Gestaltungsspielraum wahrzunehmen und als deutliches Zeichen des Sparwillens der Grünen Koalition, der natürlich alle Ausgabenbereiche betreffen muss, stelle ich namens der Grünen Fraktion folgenden Zusatzantrag, der im wesentlichen den Grundsätzen der Regelung des Landes Steiermark folgt. Der Zusatzantrag lautet:

Die vom Stadtrechnungshof aus den Medianwerten der Vergangenheit ermittelte „Gehaltspyramide“ möge bezüglich der Höhe der Gehälter vom zuständigen Stadtrat, Herrn Gerhard Rüscher, mit folgenden Zielen bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates überarbeitet und konkretisiert werden: Deutliche Einsparungen bei den ManagerInnengehältern, Einführung einer verbindlichen Obergrenze, Umsetzung in allen direkten und - wenn möglich auch indirekten - Beteiligungen der Stadt Graz. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüscher**: Hoher Gemeinderat! Ein paar Kommentare aus meiner Sicht. Ich habe im Zuge des Hauses Graz neu ordnen, dieses Projekt, den Rechnungshofdirektor gebeten, uns auch einen Vorschlag zu machen, eine Empfehlung über die Gehaltspyramide für die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, Vorständinnen und Vorstände bei den Töchtern der Stadt Graz. Er hat es gemacht, war für ihn nicht leicht, ich möchte mich sehr, sehr herzlich bedanken für seine Arbeit, ist soweit ich das weiß, auch im Kontrollausschuss sehr durchaus lebhaft diskutiert worden und der Vorschlag liegt vor. Was mich besonders freut und was, ich denke, einfach im Sinne der Stadt Graz ist, dass es eine klare Differenzierung zwischen Grundgehalt und Prämienanteil gibt. Der Rechnungshof schlägt vor, dass bis zu 40 % der gesamten Gehaltssumme an eine führende Position über Prämien bezahlt wird, für die es Richtlinien gibt, im Gemeinderat beschlossen sind, das sind also keine Prämien, die jedenfalls am Jahresende ausgeteilt werden und verteilt werden, sondern sie müssen hart erarbeitet werden,

ich erinnere vielleicht nur daran, dass etwa im Bereich der Messe, das im letzten Jahr nicht mehr möglich war und damit auch Prämien gekürzt worden sind. Zum Antrag an und für sich von meiner Seite große Zustimmung, zum Zusatzantrag der Grünen möchte ich gerne ein paar Kommentare geben. Das Erste ist, es wird gefordert eine deutliche Einsparung bei den ManagerInnengehältern. Mir ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Einsparung aus meiner Sicht nicht einfach bei den Gehältern an sich, sondern in der gesamten Führungsstruktur erfolgen sollte. Ich darf das einfach am Beispiel der Messe sagen, wir haben in der Messe bis zum Juni dieses Jahres vier Führungspositionen gehabt, zwei Vorstandspositionen in der Genossenschaft, zusätzlich zwei Geschäftsführer/Geschäftsführerin bei der Messebetriebsgesellschaft, also vier. Wir haben bei der Neubestellung des Messedirektors diese vier Positionen auf eine Position reduziert, Herr Egger ist als Geschäftsführer der Messe bestellt und diese Reduktion von vier auf eins ist dadurch erfolgt, dass der Herr Egger selbst die zwei Vorstände ersetzt, Leiter für die Messe, es war der Herr Nilly Nail, Leiterin für Kongress und Events die Frau Pichler-Marsoner, der ich von dieser Seite aus durchaus herzliche Genesungswünsche geben möchte, diese beiden Positionen sind intern nachbesetzt worden, das heißt, es hat zu einer Reduktion des Personals geführt und die Führungspositionen sind um 30 % gekürzt worden. Das heißt, wir haben insgesamt aus zwei Ebenen eine Ebene gemacht mit einem beträchtlichen Gehaltsrückgang und insgesamt mit einem beträchtlichen Personalaufwand für diese Funktionen. Das stelle ich mir durchaus als Richtlinie für die Zukunft vor, dass wir das machen. Zweite Bemerkung ist, dass die Graz AG von sich aus für ihre Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer in den Tochtergesellschaften die Rechnungshof-Gehaltspyramide als Empfehlung angenommen hat und sich auch intern damit deklariert hat, dass sie das insgesamt auch weiterführen will und dass sie auch ihre Führungspositionen so entgelten will. Klar ist auch eines, und das soll auch an dieser Stelle gesagt werden, wir hatten bis vor kurzem Gehälter in der Graz AG bei Bereichsdirektoren, nicht im Vorstand, die sehr, sehr hoch waren, die weit über etwa im Gehaltsschema der Stadtregierung waren und das ist aus meiner Sicht auf jeden Fall Vergangenheit, ich darf Sie im Übrigen daran erinnern, dass ist mir auch sehr wichtig zu sagen, dass jeder Gehaltsabschluss und jeder Vertrag für einen Geschäftsführer, eine Geschäftsführerin hier im Gemeinderat, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, hier im Gemeinderat beschlossen werden muss, das heißt, wir haben

es völlig unabhängig von der Empfehlung des Rechnungshofes selbst in der Hand, Sie zu 56, wie Sie hier sitzen, selbst in der Hand, wie hoch ein Gehalt sein wird. Und was die Vorstände der Graz AG betrifft, ebenfalls von meiner Seite der Hinweis, die Koalition ist im Aufsichtsrat vertreten, das wird der Aufsichtsrat bestimmen, das heißt, wir haben auch dort die Möglichkeit, den Gehalt ganz genau festzulegen. Sie hören aus meiner Sicht die durchaus leicht kritische Position gegenüber dem Zusatzantrag der Grünen, aber ich werde selbstverständlich einen Beschluss des Gemeinderates umsetzen, so wie ich das damals auch gemacht habe, als uns der optimale Standort für den Park-&-Ride in Fölling durch Gemeinderatsbeschluss verwehrt wurde und auch das Nachdenken darüber verwehrt wurde mit den Stimmen der Grünen, genauso wie ich damals diesen Beschluss umgesetzt habe, werde ich diesen Beschluss selbstverständlich, falls er die Mehrheit findet, ebenfalls umsetzen und ich denke auch, dass wir in die Aufgaben, die hier gestellt sind, durchaus auch einige Verbesserungen noch gegenüber der Empfehlung des Rechnungshofberichtes einbinden können. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal Dank an den Stadtrechnungshof für die Ausarbeitung, für die Erarbeitung der Unterlage, das ist einmal das Erste; das Zweite ist natürlich, aus meiner Sicht ist das einmal ein Zwischenstand, ich glaube, und da bin ich durchaus beim Kollegen Wohlfahrt in dieser Angelegenheit, dass hier weitere Sparpotentiale zu suchen und zu finden sein werden, weil die Finanzlage der Stadt Graz es einfach notwendig erachtet. Ich bin hinsichtlich des Prämienmodells, was da angeregt worden ist, dass man einen Fixbezug hat und dann einen erheblichen Prämienanteil hat, sehr skeptisch und kritisch gegenüber aus Erfahrungen, die einfach in öffentlichen Unternehmen auch des Landes gemacht wurden, weil vielfach das Erreichen der Erfolge, um diese Prämien zu lukrieren, auf Kosten der Mitarbeiter auf Kosten der Kleinen sozusagen erzielt worden sind, weil man halt die entsprechenden großen Rädchen in der Hand hat, um wirklich diese Erfolgsparameter wirklich darzustellen, aber gegenüber dem Auftraggeber der Politik nicht ersichtlich ist, unter welchen Bedingungen diese zustande gekommen sind. Ich bin durchaus dafür, dass Ziele für das Management auch operationalisierbar überprüfbar dargestellt werden sollen, dass man auch

entsprechend auch seitens der Politik oder der politisch Verantwortlichen die Manager auch entsprechend überprüft und einem Ranking unterzieht, wie auch immer. Ganz wichtig ist es aber auch bei einer Verschlankung der Managementebenen, wenn man Ebenen herausstreicht oder wenn man statt einer Dreier- eine Zweierführung macht oder von zwei auf eins, dass man die entsprechenden Stellvertreterregelungen auch schafft, um den Fortgang der Geschäfte nicht in Frage zu stellen und sozusagen keine Unterbrechungen einzugehen. Ich bitte daher, durchaus in diese Richtung weiterarbeiten, von unserer Seite kommt zu dem Stück eine Zustimmung, aber es ist nur ein Etappenziel auf einem weiten Weg zur Konsolidierung des Budgets. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister! Auch wir oder unsere Fraktion wird dem Antrag zustimmen, weil wir halten es auch für sehr wichtig, weil wir uns ja doch, und Sie sagen, Sie nennen es Haus Graz oder Graz AG oder wie auch immer, wir doch immer sehen die Stadt Graz mit den Beteiligungsfirmen als eine Einheit und ich glaube, dass es in jeder Firma so ist, dass an der Spitze, und da sollte man, glaube ich, vielleicht noch mehr konkretisieren, weil es steht ja nur verbindliche Obergrenzen, aber an der Spitze steht nun einmal in der Stadt der Bürgermeister und alle anderen Organisationen leiten sich ja im Prinzip davon ab, ob das jetzt die Stadtwerke sind oder die Graz AG oder wer auch immer und wir würden sagen, dass man das nicht so schamvoll verschweigen sollte, die verbindliche Obergrenze sollte der Gehalt des Bürgermeisters gelten und alle anderen Gehälter sollten sich davon ableiten. Ich muss auch sagen, im Prinzip geht es ja nur um zwei Gehälter, das sind die zwei Gehälter der zwei Herrschaften der Stadtwerke, viel mehr...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Mehr.

GR. Mag. **Korschelt**: Mehr? Ach so, ich weiß nur von zwei, aber um sehr viele Gehälter kann es ja nicht gehen, aber in dem Fall sollte man eben auch den Mut

dazu haben und sagen, ok, wir leiten diese Gehaltspyramide vom Bürgermeister ab, weil es ist auch in jeder großen Firma so, dass an der Spitze, kann man ja vergleichen mit dem Generaldirektor, dass der Generaldirektor natürlich den Top-Gehalt hat und alle anderen, ob das jetzt Abteilungsleiter oder Vorstandsdirektoren sind, sich an diesem Gehalt orientieren. Nur kurz zur Rede des Kollegen Mariacher. Mit Zielvereinbarungen würde ich ein bisschen aufpassen, weil natürlich bei Kommunalbetrieben es sehr schwierig ist, Ziele festzulegen und wir haben das ja in den letzten Jahren immer wieder erleben müssen in der sogenannten freien Wirtschaft, dass da Ziele gestellt wurden, Manager, das hat darin bestanden, dass Manager dann Leute gekündigt haben und so ihre Ziele erreicht haben und dadurch dann Prämien bekommen haben, das möchte ich auf keinen Fall, da müsste man sich sehr genau überlegen und sehr genau anschauen, was die Ziele sind, weil es kann auf keinen Fall sein, dass man sagt, ok, man kriegt jetzt ein besseres Ergebnis heraus, aber das ist verbunden, dass man eben eine größere Anzahl von Leuten kündigt und dadurch sind die Ziele erreicht worden, also da sollte man sich sehr, die Zielvereinbarung muss man sich sehr überlegen überhaupt gerade bei Betrieben, die mit kommunalen Sachen zu tun haben, weil es da sehr schwer ist, Ziele zu vereinbaren. Aber grundsätzlich stimmen wir dem Antrag zu und würden halt sagen, unser oberstes Ziel oder die verbindliche Obergrenze wäre der Gehalt des Bürgermeisters. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden auch dem Antrag zustimmen. Etwas was jetzt noch unter den Tisch gefallen ist, ist die Richtlinie, für die sich auch der Kontrollausschuss ausgesprochen hat. Ich habe das für unsere Fraktion im Kontrollausschuss eingebracht, dass der Finanzstadtrat auch beauftragt wird, eine dementsprechende Richtlinie auszuarbeiten. Es wäre natürlich auch zweckmäßig in der entsprechenden Richtlinie auch das Prämiensystem mitzuberücksichtigen, auch aus meiner letzten aus einigen Aufsichtsratsstätigkeiten weiß ich, wie schwierig es ist, wenn die Zielformulierung an das nächste Gremium, an den Aufsichtsrat, weitergeschoben wird. Insbesondere auch dann, wenn es sich nicht um klar kontrollierbare und klare Kriterien handelt. Meine Intention der Wortmeldung ist, auch an die Richtlinie zu

erinnern, ich hoffe, Herr Finanzstadtrat, Sie als Beteiligungsreferent werden in der nächsten Zeit uns eine dementsprechende vorlegen (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich hatte eigentlich nicht vor, mich zu Wort zu melden, aber eine deiner Äußerungen, lieber Herr Finanzstadtrat, hat mich dann doch animiert, etwas zu sagen, weil ich diese positive Darstellung nicht nachvollziehen kann. Nämlich, was die Umstrukturierungen der Managementverträge in der Messe angeht. Faktum ist, es gab einen hervorragenden und meiner Meinung nach erfolgreichen Geschäftsführer der Messe, Dr. Zinkanell, es gab auch die von mir sehr geschätzte Präsidentin der Messe Hella Ranner, Hella Ranner hat eine politische Karriere beschritten, die es ihr offenbar nicht mehr möglich machte, diese Funktion auszuüben, das ist anzuerkennen, sie hatte ja ohnehin auch nur einen eingeschränkten Vertrag, also keinen vollen Vorstandsvertrag in dem Sinn, dass sie die volle Zeit abzuwickeln hatte. Nachdem also so einverstanden und so zufrieden mit Dr. Zinkanell war, dass man seinen Vorstandsvertrag verlängert hat und seine Bestellung jedenfalls auf fünf Jahre verlängert hat, hat man sich entschieden, das dann doch wieder anders zu machen. Der Verdacht liegt nahe, dass der ÖVP mit dem Abhandenkommen der deklarierten ÖVP-lerin Hella Ranner, sie war ja auch lange Gemeinderätin dieses Hauses, nicht mehr so gepasst hat und da hat man halt versucht, den Zinkanell loszuwerden, was tut man, man beruft ihn dort ab, gibt ihm einen anderen Auftrag, nämlich die Beratung in Personalfragen, auch dafür bist du zuständig. Meiner Meinung nach eigentlich etwas, wenn man schon sich da beraten lassen will, was auszuschreiben gewesen wäre, wo man natürlich ein Ausschreibungsverfahren für diese Beratungsleistung gebraucht hätte, weil es ist einer übergeblieben, man hat sich also einen Neuen gesucht, den Herrn Dr. Egger, der sich auch schon mit mir bekannt gemacht hat, der durchaus einen guten Eindruck macht, aber das ist in Wirklichkeit alle Bälle in die Luft werfen und dann keine mehr auffangen. Die zweite Ebene, die jetzt sozusagen Abteilungsvorstandsebene ist, bleibt natürlich erhalten, weil nicht einer allein sowohl Kongress-Management als auch Ausrichtung Messemanagement machen kann, der Egger hat jetzt also sozusagen die Aufgabe, das Unternehmen zu führen, das hätte auch Zinkanell tun können meiner Ansicht nach, darunter bleibt die Ebene, genauso

wird auch bezahlt werden. Ich vermute in der gleichen Höhe, wie das bei Nail und der Kollegin Marsoner-Pichler der Fall war, deinen Glückwünschen und Genesungswünschen schließe ich mich bei der Gelegenheit an und man hat dann noch jemanden, dem man sozusagen dann irgendeine Ersatzaufgabe geben musste im Zusammenhang mit den Personalverschiebungsfragen, die uns ja in diesem Hause noch beschäftigen werden. In Wirklichkeit Missmanagement, das vermieden hätte werden können, wenn man rechtzeitig gewusst hätte, wo man eigentlich hin will. Versagen und Nichterfolg ist im Zusammenhang mit dieser Neustrukturierung zu konstatieren, im Übrigen hat alles, was Frau Gemeinderätin Susanne Bauer gesagt hat, für uns genug Ausschlag, um dem Stück dennoch zuzustimmen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in diesem Haus bekannt, dass die KPÖ im Vorfeld schon immer gegen diese Prämienregelungen gestimmt hat. Diese Prämienregelungen bleiben für uns anscheinend aufrecht in diesen neuen Richtlinien. Wir würden es gerne sehen, wenn der Geschäftserfolg nicht nur ein Geschäftsführer einheimen könnte, sondern wenn diese Prämien auch umgelegt würden auf die Belegschaft (*Applaus KPÖ*), denn ein guter Kopf gehört schon voran, aber alleine schafft er das alles auch nicht. Also nur wenn das gesamte Team, wenn die gesamte Belegschaft auch mitzieht dort, dann wird es nämlich diese Geschäftserfolge geben. Für uns wäre interessant in einem Jahr einmal das Ganze in Zahlen gegossen zu sehen, was dieses Neue tatsächlich jetzt in Zahlen an Einsparungen gebracht hat, denn soweit es mir bekannt ist, wird man in bestehende Verträge nicht eingreifen können und soweit ich auch weiß, sind in nächster Zeit nicht allzu viele neue Geschäftsführer zu erwarten, die nach diesen neuen Richtlinien dann die Entlohnung bekommen. Für mich war ein Punkt noch interessant, und zwar es wird immer hier von der Verantwortung unserer Geschäftsführer gesprochen, ich möchte hier eigentlich nur eine Anmerkung in den Raum stellen, welche Verantwortung haben viele Abteilungsleiter bei uns im Magistrat und welche Entlohnung im Vergleich zu bestimmten Geschäftsführern bekommen die; die KPÖ wird dem natürlich weder dem Prüfbericht des Stadtrechnungshofes unsere Zustimmung geben noch dem Zusatzantrag. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich wollte mich auch nicht mehr zu Wort melden, aber eine Wortmeldung vom Kollegen Riedler hat mich dazu bewogen. Mir ist schon klar, dass man jede Personalentscheidung, die hier von Stadtsenatsmitgliedern getroffen werden, einfach als politische hinstellen kann. Aber ich möchte mich gerne an die Tatsachen halten und die möchte ich gerne korrigieren, lieber Wolfgang Riedler. Wir haben vier Führungspositionen gehabt in der Messe, die alle sehr, sehr gut bezahlte Verträge gehabt haben, wie du richtig sagst, die Frau Dr. Ranner hat einen 20-Stunden-Vertrag meines Wissens gehabt. Die Führungsebene ist neu organisiert worden und sie sieht derzeit so aus, es gibt den Herrn Armin Egger, der eben alleinverantwortlicher Geschäftsführer für den gesamten Messebereich ist und dann gibt es zwei sozusagen Ersatzfunktionen oder Nachfolgefunktionen für Nilly Nail und Frau Marsoner-Pichler und um diese zwei geht es. Das sind Leute, das sind Personen, der Herr Götz und der Herr Karner aus der Messe, das heißt, wir haben insgesamt zunächst einmal zwei Positionen eingespart, nämlich die, die sie vorhatten, und der Gehalt von diesen beiden Personen ist jeweils um zirka 30 % niedriger als es für Nilly Nail und für Frau Marsoner-Pichler waren. Das heißt, wir haben in der Führungsebene nicht nur Zahl der Funktionen eingespart, sondern selbstverständlich in Summe auch am Managementgehalt und wie immer man das jetzt politisch wertet, ist mir schon klar, dass mit dem neuen Funktionswechsel von Herrn Dr. Zinkanell nicht alle von der SPÖ vielleicht einverstanden sind, das kann ich auch nachempfinden, aber wie immer man das wertet, insgesamt ist das geglückt und ist eben das erfolgt letztlich auch durch Beschluss selbstverständlich der Stadtregierung und auch des Gemeinderates, dass es dort eine erhebliche Reduzierung gegeben hat und ich glaube schon, dass das eine Vorlage durchaus sein kann für die zukünftigen Besetzungen und Strukturreformen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat! Wenn das alles so ist, wie du es sagst, dann erkläre mir bitte, warum es eine Verlängerung des Vertrages mit Dr. Zinkanell gegeben hat von dir und man nicht von vorneherein die Neustrukturierung gemacht hat? Das erklärt sich nämlich überhaupt nicht. In Wirklichkeit seid ihr durch die Gegend gestolpert und versucht das jetzt zu beschönigen. Also es ist das glatte Gegenteil von einer Strukturreform, wie man sie

sich in der Stadt erwarten darf. In Wirklichkeit ist das mehr per Zufall passiert und daher nützen all deine Erklärungen im Endeffekt nichts. Eine Arbeit, die da ist, muss erledigt werden und sie muss auch bezahlt werden, wenn es die Arbeit in der Messe ohnehin nicht mehr gibt, dann wäre es doch sehr erstaunlich, wenn man an ein Zukunftsprojekt Messe glauben möchte (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht auch einen Satz hinzufügen, weil der Finanzreferent aus meiner Sicht sehr deutlich gesagt hat, um welches Einsparungspotential es sich dort schon gehandelt hat. Es ist niemand zur Messe gestolpert (*Applaus ÖVP*), sondern ich bin aufrechten Ganges gegen deinen Willen auf eine Persönlichkeit zugegangen, von der ich überzeugt bin, dass sie im Hause Graz zum Thema Personalentwicklung, Personaleinsparung, auch als Beitrag zu unserer Budgetkonsolidierung unheimlich wichtig ist und von dem Geschäft auch wirklich etwas versteht. Und deswegen habe ich ihn gebeten, ob er sich das vorstellen kann und ob das für ihn nicht eine größere Herausforderung sei, als bei der Messe zu verbleiben und er hat eingewilligt, wofür ich ihm dankbar bin und ich mich freue und ich traue mich wetten, wir werden noch viele gute Projekte vom Herrn Dr. Zinkanell bekommen, die wir hier intensiv im Gemeinderat noch beraten werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pogner**: Zum Schlusswort, was ist noch groß zu sagen? Das eine ist, der Wolfgang Riedler hat wieder einmal feststellen können, dass die Personalpolitik mit der ÖVP einfach besser funktioniert, als er sich das vorstellen kann und das freut mich ganz besonders (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist ein Missverständnis.

GR. **Pogner**: Darüber hinaus bedanke ich mich beim Rechnungshof für die geleistete Arbeit, nicht nur bei diesem Stück, sondern generell für alle Stücke, die da jetzt auch noch kommen werden. Der Rechnungshof arbeitet immer hervorragend und arbeitet uns perfekt zu, danke für die Vorbereitung der Stücke und zu guter Letzt noch, die ÖVP wird auch dem Zusatzantrag, der eingebracht wurde, zustimmen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Mag.^a Bauer wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 14.35 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsç

NT 1) A 8-398/2009-32

Landeshauptstadt Graz
Rechnungsabschluss 2008

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsç**: Hoher Gemeinderat! Wir haben in Kürze erstmalig hier in diesem Saal das sogenannte Kinderparlament und es werden dann eben Kinder auftreten, werden Fragen stellen, Anliegen vorbringen. Ich glaube nicht, dass ich eine große Prognose stellen muss, wenn ich sage, es wird wohl keine Frage zum Budget dabei sein. Und trotzdem sind gerade die Kinder von dem, was wir hier zum Budget beschließen, welche Aufgaben wir im Budget einpacken und finanzieren und vor allem, wie wir das finanzieren, sehr, sehr stark betroffen. Nicht nur, weil es ihre persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten betrifft, was wir an Kinderbetreuung, an Schulen, Freizeitanrichtungen anbieten, sondern auch deshalb von der Frage sehr betroffen, wie wir das finanzieren und welchen Anteil wir davon als Schulden finanzieren, die sie dann einmal zurückzahlen müssen. Das heißt, es ist sicherlich

auch eine besondere Verantwortung von uns, diese Fragen, uns diesen Fragen zu stellen und heute stehen eben auf dem Programm diese Fragen im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss von 2008 zu stellen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nur einige ganz, ganz wenige aber aus meiner Sicht entscheidende Informationen ihnen hier dazu zu geben, auch mit einer PowerPoint-Präsentation, es sind diejenigen Dinge, die strategisch für die Stadt wichtig sind. Der Rest sozusagen steht im Prospekt oder genauer gesagt, in der Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt für den Gemeinderat. Wir haben das Budget 2008 im Mai 2008 beschlossen, nachdem die Gemeinderatswahl im Jänner 2008 war, es sind sozusagen die ersten Budgetmonate, die in meiner Verantwortung waren, eigentlich müsste neben mir der sehr geschätzte Kollege Wolfgang Riedler stehen, wir haben ja, aber er kann sitzen bleiben und wird sich nachher sicherlich noch zu Wort melden, wir haben ja in den ersten Monaten ein Budgetprovisorium gehabt, das heißt, das Budget 2008 ist sozusagen in gemeinsamer Verantwortung. Was war die besondere Aufgabe für 2008? Wir haben einmal Schwerpunkte im Budget 2008 gehabt, die wir in dieser Form vorher nicht hatten, das ist vor allem im Infrastrukturbereich, das ist zum ersten Mal die Finanzierung des Verkehrsfinanzierungsvertrages für die Graz AG, für die Grazer Verkehrsbetriebe im Ausmaß von 51 Millionen Euro und wir hatten auch im Bereich der Wirtschaftsbetriebe einen finanziellen Schwerpunkt, weil hier eben auch aus der Vergangenheit finanzielle Aufgaben zu erfüllen waren und wir haben natürlich im Budget 2008 erstmals einen klaren Schwerpunkt der neuen Regierungskoalition von Schwarz/Grün setzen wollen und auch gesetzt. Das sind die Themen Soziales, Frauen, Kinderbetreuung, Nachmittagsbetreuung in den Schulen, Integration und Jugendsport. Gleichzeitig war klar im Jahr 2008, dass wir auf einen neuen intelligenten Konsolidierungskurs einschwenken müssen. Denn das für die letzte oder in der letzten Periode vorgegebene Budgetziel, nämlich keine Neuverschuldung ab dem Jahr 2010, dieses Ziel haben wir schon 2007 erreicht und wir haben es auch 2008 erreicht, wie Sie sehen werden, aber dieses Budgetziel war leider nicht nachhaltig. Wir müssten und wir haben auch im neuen Konsolidierungskurs eine wichtige Bedingung aufgenommen, eine wichtige Regel, nämlich, dass es ohne einen Ausgleich in der laufenden Gebarung keine Konsolidierung geben kann. Was heißt das? Wir haben in der laufenden Gebarung Personalausgaben und Sachaufwand und wir müssen seit einigen Jahren Jahr für Jahr für die Deckung dieses Aufwandes Schulden aufnehmen, Gelder aufnehmen

von Kapitalmarkt. Das ist aus meiner Sicht einer der wichtigsten Gründe und auch eine der wichtigsten Fragen, die für uns offenstehen und die wir im Laufe der nächsten Zeit regeln müssen; wir haben im September 2008 einen Budgetkonsolidierungskurs vorgelegt, einen neuen Kurs, der davon ausgeht, dass wir frühestens 2012, spätestens jedoch 2015 dieses Ziel erreichen werden und erst dann, wenn wir dieses Ziel erreicht haben, dann können wir auch einen Teil unserer Investitionen mit Überschüssen aus dem laufenden Betrieb finanzieren und müssen nicht die jährlichen Gesamtinvestitionspakete über den Finanzmarkt finanzieren. Wir haben im Jahr 2008 noch Hochkonjunktur gehabt, aber die Wirtschaftskrise und das Platzen der unermesslich aufgeblasenen Gewinnerwartungen auf den Finanzmärkten hat sich abgezeichnet, das war insgesamt, wie gesagt, das Budget 2008. Insgesamt haben wir beim Budgetvolumen eine, wie Sie hier sehen an dieser Darstellung, eine beachtliche Ausweitung gehabt gegenüber 2007, ich habe Ihnen die neuen Ausgabenschwerpunkte genannt. Klar ist auch, dass wir uns das nicht hätten leisten können, wenn in vielen Abteilungen, die nicht zu diesen Schwerpunkten kommen, für die auch andere Stadtsenatsmitglieder verantwortlich sind, wenn wir nicht in diese vielen Abteilungen zu einem sehr stringenten Ausgabenmanagement gekommen wären und in diesen Bereichen eben auch tatsächlich das Ausgabenwachstum zurückgegangen ist. Ich möchte an dieser Stelle mich gleich bei allen Abteilungen einmal sehr, sehr pauschal bedanken, die Abteilungen haben es auf Grund der Budgetkonsolidierung der letzten Jahre sehr gut gelernt, ein sehr effizientes, zum Teil sehr effizientes Ausgabenmanagement einzuführen, das ist auch sehr erforderlich und ich freue mich auch, dass das zum Teil auch schon sehr, sehr in Fleisch und Blut übergegangen ist, weil wir das für die kommenden Jahre noch viel, viel mehr brauchen werden. Ich werde dann noch darauf zurückkommen. Ich möchte an dieser Stelle auch anhand dieses Budgetvolumens mit einem Märchen aufhören und das beseitigen, nämlich der Vorwurf oder die Feststellung, wir kürzen alles in lineare Kürzungen. Meine Damen und Herren, das ist überhaupt nicht möglich, linear zu kürzen, wir haben allein auf Grund der gesetzlichen Vorgaben im Bereich von Sozialem, im Bereich der Kinderbetreuung und auch in der Nachmittagsbetreuung in den Schulen ganz klare Vorgaben, die ein lineares Kürzen gar nicht erlauben, die nicht einmal eine Kürzung erlauben, sondern wo es nur darum geht, wie können wir mittelfristig jedenfalls das Wachstum bremsen, damit wir unser Budget insgesamt finanzierbar halten können

(*Applaus ÖVP*). Das wiederum ist überhaupt nur dadurch möglich, dass es eben in anderen Bereichen zu ganz klaren Einsparungen kommt. Wir haben als Budgetvorgabe, dass wir den Eckwert von 2008 nominell jedenfalls bis 2012 einhalten wollen, das geht bei den genannten Schwerpunkten, die gesetzlich, zum Teil auch politisch gewünscht sind, nur dann, wenn wir in den anderen Bereichen zu Einsparungen kommen und auch zu Aufgabenreduzierungen. Ich darf Ihnen als Nächstes die Entwicklung der Einnahmen zeigen, und die Entwicklung war im Jahr 2008 eben noch so positiv, dass das ausgeweitete Budgetvolumen finanziert werden konnte, wir hatten bei den Ertragsanteilen, das ist diese hellblaue Säule, einen einmaligen Sprung nach oben, wir haben aber auch bei den Kommunalabgaben bei den eigenen Steuern zulegen können, lediglich bei den Gebühren gibt es einen leichten Rückgang, sodass insgesamt, aber wie gesagt, das Budget durchaus das Ausgabenwachstum auch so finanziert werden konnte. Und dann gebe ich Ihnen eine dritte Folie und das ist dann auch schon meine letzte Folie: eine wichtige Bewertung für die Finanzierbarkeit eines Budgets ist der Schuldenstand. Wir haben zunächst einmal hier den Schuldenstand der Stadt Graz, und zwar der kamerale Schuldenstand, das ist der Schuldenstand, der über das Budget zustande kommt und auch die Schulden, die über das Budget aufgenommen werden, dargestellt, das ist der untere blaue Teil der Säule. Sie sehen, dass dieser Schuldenstand seit Ende 2003 ziemlich konstant ist, er bewegt sich um diese Linie, hat bis 2007 leicht abgenommen und ist dann bis 2008 leicht gestiegen. Sie merken meine Zögerung, zwar ist hier ein sehr entscheidender Fehler in der Darstellung des konsolidierten Schuldenstands eingeschlichen, hat sich ein sehr zentraler Fehler eingeschlichen und zwar deshalb, weil wir seit dem Jahre 2007 und auch für das Jahr 2008 eine Reduktion des konsolidierten Schuldenstandes haben. Ich bitte um Verzeihung, da ist bei uns was passiert in der Vorbereitung für diese Tabelle und für diese Darstellung, ich werde Sie dann anschließend korrigieren und darf Sie dann anschließend jedenfalls als Ausdruck wiedergeben. Ich darf das Ergebnis nochmals wiederholen. Wir haben Ende 2007 erstmals einen Rückgang der konsolidierten Schuld und auch im Jahr 2008 einen weiteren Rückgang, das sind alles so ungefähr schwarze Nullen, wir haben einen Stand von zirka 950 Millionen Euro und der hat sich jeweils um 10 bis 15 Millionen Euro insgesamt reduziert. Das heißt insgesamt, dass wir, ich kann das nur nochmals sagen, dass wir das früher schon genannte Budgetziel seit 2007 durchaus erfüllt haben, aber wir müssen uns weiter sehr, sehr

anstrengen, dass wir beim Schuldenstand hier tatsächlich weiterhin auf einem vertretbaren Niveau bleiben. Ich möchte gerne kurz einige Worte zum Ausblick sagen. 2009, die Botschaft ist dieselbe, die wir im Sommer schon abgegeben haben, wir haben für 2009 893 Millionen Euro budgetiert und wir werden mit dieser Summe auch auskommen, wir werden keinen Euro mehr benötigen. Das was sich an Verschiebungen ergeben hat, auf der einen Seite Einnahmengkürzungen durch die Wirtschaftskrise, zum anderen einige zusätzliche Ausgaben im sozialen Bereich, können durch die Vorsorge, die wir getroffen haben, 15%-Sperrung, Stichwort Verstärkungsmittel, ausgeglichen werden. Nachdem die zehn Minuten um sind, darf ich einen Schlusssatz noch einmal machen und dieser Schlusssatz ist ein Ausblick auf 2010. Das Jahr 2010 wird sicherlich das schwierigste Jahr, seit ich jedenfalls insgesamt hier in der Stadtregierung bin, zum Budgetieren sein und zwar deshalb, weil wir weiterhin mit Einnahmerrückgängen zu rechnen haben auf Grund der Wirtschaftskrise und weil wir zweitens alle Maastrichtmöglichen Finanzierungsinstrumente mehr oder weniger ausgeschöpft haben. Es gibt fast keine Immobilien mehr, wir haben auch bereits Eigenkapital von der Graz AG mitbeansprucht für die Finanzierung des Budgets und das wird der Fokus sein, der, glaube ich, entscheidend sein wird, ob wir alle gemeinsam zwischen Verwaltung und Politik dieses gesteckte Ziel, das sehr wichtig ist, auf diesen Konsolidierungspfad zu bleiben und bin jedenfalls guter Hoffnung und die bisherigen Budgetgespräche lassen auch wirklich tatsächlich einiges erhoffen. Ich möchte noch der Form halber erwähnen, dass selbstverständlich der Rechnungsabschluss wie immer aufgelegt ist, es hat keine Einsichtnahme gegeben und ich darf daher den Antrag stellen, der Gemeinderat möge den Rechnungsabschluss 2008 genehmigen (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

1. Der Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz der Ordentlichen und der Außerordentlichen Gebarung für das Jahr 2008 wird genehmigt.

2. Die Überschreitung der im Motivenbericht angeführten Konten, Deckungsklassen und Eckwerte wird nachträglich beschlossen.
3. Die gemäß § 27 der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz über die entsprechenden Reservefonds abgewickelten Wirtschaftserfolge des Haushaltsjahres 2008, das sind die Soll-Überschüsse
- | | |
|---|--------------|
| des Betriebsfonds für Pflichtleistungen von | € 413.621,78 |
| und | |
| des Fonds für Zusätzliche Leistungen von | € 536.917,38 |
| beziehungsweise des Soll-Abganges | |
| des Fonds für Erweiterte Heilbehandlung von | € 32.743,58 |
- werden zustimmende zur Kenntnis genommen.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Wenn jetzt hier von einem besseren Rechnungsabschluss 2008 als ursprünglich angenommen geredet wird, so täuscht dies nicht darüber hinweg, dass die Entwicklung der Finanzen der Stadt mehr als besorgniserregend ist. Das Ergebnis zeigt genau alle jene Punkte auf, vor denen die KPÖ in der Vergangenheit immer gewarnt hat. Alle sieben Immobilienpakete konnten das Budget nicht im Geringsten in eine positive Richtung bringen. Im Gegenteil. Wenn Sie sich auf Seite 12 des vorliegenden Stückes zum Rechnungsabschluss die Entwicklung des konsolidierten Nettofinanzschuldenstandes ansehen, so müssen Sie feststellen, dass der Schuldenstand der Stadt Graz trotz der Auslagerungen seit 2001 um fast 100 Millionen Euro angestiegen ist. Gleichzeitig aber die Schuldenlast der GBG von 15 Millionen auf 415 Millionen zusätzlich gestiegen ist. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren auch die Beteiligungen, wie zum Beispiel die Graz AG, finanziell

ziemlich ausgetrocknet und alle möglichen Reserven aufgebraucht. Wie zum Beispiel der Anteil aus dem Verkauf der Energie Graz oder durch Dividendenzahlungen, die gar keine sind, wo angegeben ist, dass das Finanztransfers sind und nicht mehr aus Dividendenausschüttungen angegeben werden, laut Stellungnahme vom Finanzdirektor. Ein großer Brocken im Budget macht auf alle Fälle der angesprochene Verkehrsdienstleistungsvertrag in Höhe von 51 Millionen Euro aus. Wenn es, so wie Schwarz/Grün es planen, zu weiteren Auslagerungen von eventuell Wirtschaftsbetrieben oder dem Kanal in die Graz AG kommt, wird es früher oder später viele weitere sogenannte Dienstleistungsverträge geben. Etwa für die Straßenerhaltung, für den Kanal, für die Müllentsorgung, da kann so einiges auf uns zukommen. Wie wird die Stadt Graz alle diese Dienstleistungen in Zukunft bezahlen, wenn die Einnahmemöglichkeiten immer mehr schrumpfen. Großprojekte, wie zum Beispiel das Kunsthaus oder die Rieseninvestitionen in die Grazer Messe, sind weiter unendliche Budgetbelastungen. Soll die Lösung sein, noch mehr Darlehen bei den Banken aufzunehmen? Allein die Zinslast wäre eine unzumutbare Budgetbelastung. Auch dies zeigt im vorliegenden Rechnungsabschluss sehr deutlich, wo die Reise hingehen wird. Auf Seite 11 des vorliegenden Stückes finden Sie dazu eine übersichtliche Aufstellung. Waren im Jahr 2003 noch 38 Millionen Euro Schuldentilgung mit einer Zinsbelastung in Höhe von 13,5 Millionen Euro möglich, so sind es im Jahr 2009 nur mehr 37,8 Millionen Euro Tilgung bei einer Zinsenlast von 20,5 Millionen Euro. Trotz höherer Einnahmen aus Ertragsanteilen, Gemeindeabgaben und Gebühren in den letzten zwei Jahren steigt die Verschuldung kontinuierlich. Diese Entwicklung ist nach dem Rechnungsabschluss 2008 nichts Neues. Sie wurde in den vergangenen Jahren auch von der SPÖ und ÖVP hauptverantwortlich ins Rollen gebracht. Wenn heute die SPÖ lautstark gegen die Finanzpolitik von ÖVP und Grünen protestiert, muss auch gesagt werden, ihr seid für diese Entwicklung wesentlich mitverantwortlich (*Applaus KPÖ*). Die KPÖ wird dieser Finanzpolitik immer kritisch und ablehnend gegenüberstehen, da sie letztendlich auf dem Rücken der Bürger und Bürgerinnen ausgetragen wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat! Zuerst einmal zu ein/zwei guten Nachrichten. Es ist ja nicht so, und die

Kollegin von der KPÖ hat das vielleicht doch ein bisschen zu scharf geschildert, es ist ja nicht so, dass in den letzten Jahren nichts geschehen wäre mit dem Geld, es ist ja nicht so, dass die Investitionen, dass da irgendjemand war, der das Geld in eine große Geldvernichtungsmaschine gesteckt hat und unten ist dann maximal Hackschnitzel herausgekommen, sondern es ist ja seit 1998 sind ja doch einige Projekte auf Schiene gekommen, sind zirka 700 Millionen Euro sind ja investiert worden, die in den letzten Budgets ja festgeschrieben waren. Dann das zweite Positive, und da möchte ich mich, er wird das heute noch mehrmals hören, beim Stadtrechnungshofdirektor sehr herzlich bedanken, dass Graz eine der wenigen Städte ist oder überhaupt, glaube ich, die einzige Landeshauptstadt, der es gelungen ist eine konstituierte Betrachtung anzustellen, also es geht ja nicht nur, dass wir in Graz als einzelnen Betrieb als Stadt sehen, sondern es sind ja auch alle anderen Beteiligungen dabei und das gibt natürlich schon ein ganz ein anderes Bild über die Finanzlage der Stadt Graz. Aber jetzt leider eben zu den schlechteren Nachrichten. Der Finanzreferent, du hast es eh angeschnitten, dass 2008 und auch noch 2009 teilweise ja von den Steuereinnahmen ein Superjahr oder Superjahre waren, wo man natürlich befürchten muss, dass die Krise, ob sie jetzt herbeigeschrieben ist, aber jedenfalls gibt es sie, dass die Krise natürlich sich erst voll in den Jahren 2010 und 2011 niederschlagen wird und das wird man natürlich dann auch im Budget spüren. Eine große Sache, wo ich natürlich ein bisschen Bauchweh habe ist (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), und man muss das immer so sehen, dass zur Zeit erlebt halt die Stadt Graz so wie eine Familie, die hergeht und Schuhe, Lebensmittel usw. auf Kredit kauft und das ist, glaube ich, das Besorgniserregende. Es geht nicht darum, dass was investiert werden soll, dass es in Straßenbahnen, wie auch immer, in Plätze oder wo auch immer investiert werden soll, das ist, glaube ich, Aufgabe der Stadt, das Problem ist eben, dass eben die laufenden Kosten, die laufenden Lebenshaltungskosten, wenn man es so sagen darf, dass die aus dem Kredit finanziert werden müssen und das ist eben genauso, wenn ich als Familienvater oder auch als Familienmutter oder wie auch immer, hergehen muss und den Kindern zu Hause sagen muss, ihr könnt zwar schon ein Essen haben, aber ich muss morgen zur Bank gehen und einen Kredit aufnehmen, dass ich dieses Essen finanzieren kann. Und da sollten, glaube ich schon, die Alarmglocken schrillen, weil es ist leider so weit. Es ist auch so weit, das ist auch etwas, was vielleicht für betriebliche Feinspitze natürlich auch interessant ist, dass die Schulden der Stadt Graz einem

Jahresumsatz entsprechen. Ich weiß schon, es kommt, man kann nicht Kommunalbetriebe usw. kann man nicht vergleichen mit Wirtschaftsbetrieben, aber beim Wirtschaftsbetrieb würden natürlich schon die Alarmglocken klingeln. Dann auch nur, um eine Zahl noch zu nennen, wenn wir ein Jahr überhaupt nichts ausgeben würden, das heißt, wir würden unten das Magistrat am 1.1. zusperren und am 31. 12. werden wir es wieder aufsperrern, es würde kein Euro heraus fließen und es wäre gerade möglich, die Schulden zu tilgen. Nur um eine Zahl zu nennen, wir haben ungefähr eine Milliarde Euro Schulden und das sind ungefähr die Einnahmen, die wir in einem Jahr lukrieren können, also sind natürlich alles Zahlen, die uns schon zu denken geben sollten. Der Zinsaufwand ist auch, und das muss ich sagen, ich bin doch 20 Jahre in einer Bank tätig, ist natürlich bei einem extrem niedrigen Zinsniveau, und das werden wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten nicht mehr sehen, bei einem extrem niedrigen Zinsniveau sehr gering, also mit 57 Millionen Euro kann natürlich in den nächsten Jahren und wie gesagt, Kollegen, die länger im Geschäft sind werden sich noch erinnern können, es hat Zeiten gegeben, wo die Verzinsung leider nicht die Haben-Verzinsung, sondern die Soll-Verzinsung, zwischen 8 und 10 % betragen hat, wenn das dann eintritt, dann explodiert das Budget, nicht nur, wie wir es gehört haben, im Land, sondern auch natürlich in der Stadt. Also das sind, glaube ich, schon Signale, wo wir das sehen, die kein Teufel an die Wand gemalt hat, sondern die einfach im Budget drinnen stehen und die sollte man, glaube ich, erkennen. Wobei auch fairerweise, und ich habe das damals auch gesagt, auch das große Patentrezept habe ich auch nicht im Koffer, das muss ich auch ganz ehrlich sagen, aber es ist auch nicht mein Job, ich bin auch nicht Finanzreferent, sondern ich sollte nur darauf hinweisen, wie es eben zur Zeit um das Budget der Stadt Graz steht, und dann möchte ich noch zwei Sachen sagen: Es wird auch immer dezent verschwiegen, seit 2002 haben wir immerhin einen Abgang von 233 Millionen Euro gehabt und dann noch zur Kollegin von der KPÖ, tut mir auch immer leid, ich bin kein gebürtiger Grazer, aber ich bin stolz, in Graz leben zu dürfen und ich glaube, Sie sollten sich einmal einen anderen Lieblingsgag aussuchen als wie die Grazer Messe. Ich als Nicht-Grazer habe das immer als positiv empfunden und habe immer die Grazer Messe als sehr identitätsstiftend gefunden und ich glaube, das ist von Ihnen ein bisschen kindisch, wenn Sie immer wieder auf der Grazer Messe...Ich schätze Sie sehr, auch Ihre Fraktion schätze ich sehr, aber da

würde ich Sie bitten, nehmen Sie sich einmal einen anderen Gag heraus (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also ich war eigentlich verwundert, von der FPÖ als Oppositionspartei diese Worte vom Mag. Harald Korschelt, unserem Harald, zu hören, der eher, sage ich einmal, erläuternd als eigentlich aufzeigend und demaskierend dieses Budgetergebnis eigentlich betrachtet hat. Ich möchte es insofern auf den Punkt bringen, dass ich sage, dass eigentlich dieses Ergebnis dieses Budgets 2008, wo der Stadtrat selber mehr oder minder Ausflüchte gesucht hat, na ja, das haben wir ja nicht allein verantwortet, die SPÖ war auch mit in der Verantwortung am Budgetprovisorium usw., was meines Erachtens ja schon aufzeigt, dass hier wirklich das Zielergebnis einfach verfehlt worden ist. Weil wenn wir uns die Zahl genau anschauen, das ist allein eine Kennzahl, die wirklich frappierend ist, dass wir allein 28,5 Millionen Euro negatives Maastrichtergebnis haben, das heißt, mehr ausgegeben worden ist an laufenden Ausgaben, als an laufenden Einnahmen hereingekommen ist, dann muss man sagen, da ist nicht investiert worden, sondern es ist Geld unserer Kinder und Kindeskinde einfach verfressen und vergeudet worden und das hoffe ich, dass nachher auch das der Bürgermeister nachher den Kindern sagt, die zu uns kommen, wie auf ihrem Rücken, in ihrem Rucksack sozusagen, was da aufgebürdet wird an Lasten und Zinslasten und an Rückzahlungsraten. Und ich denke, es ist absolut erforderlich, dass man hier einmal sagt, es muss wirklich einmal ein Eingeständnis sein wirklich, dass hier dieser Haushalt eigentlich versagt hat im Jahre 2008, weil alles andere würde ich als blanke Augenauswischerei und Faselei gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern, vor allem bezüglich unserer jungen Bevölkerung ansehen und ich bin sehr gespannt auf den Budgetvoranschlag, der uns im Dezember präsentiert wird vor diesem Hintergrund. Danke.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Werte Kollegen der Stadtregerung, liebe Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich fordere heute Fairness für Finanzreferenten aus eigener Erfahrung, die haben es tatsächlich nicht leicht, das ist, vermute ich, eine jener Aufgaben, die zwar unglaublich spannend und interessant sein können, die aber gleichzeitig eine große Herausforderung auch an Personen mit großen Fachkenntnissen darstellen und ich glaube, dass Gerhard Rüschi zu diesen Persönlichkeiten gehört, die hohe Fachkenntnisse einbringen. Das soll uns nicht daran hindern, uns in der Sache und uns im Detail zu streiten. Ich möchte zuerst einmal sagen, ich vertrete die Finanzpolitik der vergangenen Periode mit großer Überzeugung, nicht alles ist so gelungen, wie wir es uns vorgestellt haben, aber auch die heutige Darstellung hat gezeigt, dass wir tatsächlich eine Trendwende herbeiführen konnten in Zeiten einer guten Wirtschaftsentwicklung. Diese Trendwende hat bedeutet, dass wir sowohl den kameraleu Schuldenstand einbremsen konnten und sogar in den letzten Jahren Schulden zurückzahlen konnten, hat auch bedeutet, dass wir über eine umfassende Darstellung soweit gekommen sind, dass man tatsächlich einen Überblick über den gesamtwirtschaftlichen Zustand der Stadt Graz und ihrer Unternehmungen bekommen konnte und auch hier eine Kehrtwende möglich gemacht wurde. Wir haben uns an das Prinzip gehalten, dass in Zeiten guter Konjunktur vorsichtig zu budgetieren ist und Schulden zurückgezahlt werden, damit dann in Zeiten der Belastung, der schwierigen Wirtschaftslage die notwendigen öffentlichen Investitionen und Ausgleichszahlungen, Ausgleichsleistungen finanziert werden konnten und jetzt sind wir zweifellos in dieser schwierigen Phase. Ich meine nur, der große Irrtum besteht darin, dass wir jetzt sehr starke Infrastrukturmaßnahmen investieren, die im Großen und Ganzen in ihrem volkswirtschaftlichen Effekt keineswegs auf Graz beschränkt bleiben, das ist ganz klar, wenn man sich anschaut, wo die Baufirmen herkommen, wo die Gewinne der Baufirmen und die Konsumleistungen der Baunternehmungen dann landen zum Beispiel, nur um diesen Sektor zu erwähnen, um zu wenig Geld in den Dienstleistungssektor und in den öffentlichen Sektor pumpen. Gestern gab es einen leider von vielen Kolleginnen und Kollegen nicht mitbesuchten Vortrag zu Beginn des Elevate-Festivals von der Ökonomin Dr. Michalitsch, die eine hervorragende Ökonomin ist, die ja auch an der Grazer Universität im vergangenen Jahr ein Gastsemester hatte. Und sie hat darauf hingewiesen, dass genau diese Investitionen jetzt auch im Sinne einer Belebung des

unmittelbaren und regionalen Konsums notwendig wären. Ich glaube also, dass wir im Moment insoferne einen falschen Weg beschreiten, als wir bei den zusätzlichen Investitionsleistungen, Ausgabenleistungen im falschen Bereich die Schwerpunkte setzen, das ist der kritische Punkt der Auseinandersetzung und das ist auch daher der Unterschied zwischen der Finanzpolitik meines Nachfolgers und meiner Finanzpolitik. Darüber kann man sich inhaltlich auseinandersetzen. Was wir nicht tun sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Ausgaben sozusagen in Bausch und Bogen zu verurteilen. Das was der öffentliche Sektor tut, ist in Wirklichkeit die große Stütze für die regionale Wirtschaft. Gerade für die Klein- und Mittelunternehmen, die Ein-Personen-Unternehmen ist das, was wir tun, von besonderer Bedeutung. Einen möglichst hohen Konsum möglich zu machen, ist die Aufgabe auch der Finanzpolitik der Stadt Graz. Weil die Konsumquote einen entscheidenden Bestandteil der regionalen Wirtschaftsleistung tatsächlich erst möglich macht. Ich bin der Auffassung und trage auch sehr gerne meine Teilverantwortung für das fortgeschriebene Budget des Jahres 2007 in der ersten Jahreshälfte 2008, dass wir es hier mit einem Rechnungsabschluss zu tun haben, der im Rahmen des Möglichen erfolgt ist, der ein guter Rechnungsabschluss ist, der allerdings auch einen Paradigmenwechsel und Politikwechsel durch die schwarz/grüne Koalition bereits andeutet, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Form nicht weiter mitverantworten können und wollen. Wir werden uns aber der finanzpolitischen Diskussion auf gar keinen Fall entziehen und auch in Zukunft versuchen, mit guten Vorschlägen in eine Richtung zu kommen, die wir für die Stadt Graz für notwendig und richtig halten. Aus den von mir genannten Gründen werden wir allerdings diesem Rechnungsabschluss unsere Zustimmung nicht verweigern (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube als Erstes sollte man die hohe Transparenz von diesem Rechnungsabschluss hervorheben. Ich meine damit insbesondere die Vollkonsolidierung über alle Ausgliederungen hinweg. Ich glaube, das ist ein Zeichen, was man nur in Graz gesetzt haben, wenn wir das alles reinrechnen, was dann zu Verwirrungen für manchen vielleicht doch führt, aber ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir all diese Betriebe, unsere Eigenbetriebe, unsere Töchterbetriebe einfach mitreinrechnen, damit man einen Überblick über das

Ganze kriegt. Kurz zu meinen Vorrednern, von hinten beginnend, zum Herrn Stadtrat, ich bin mir nicht sicher, ob das nicht ein wenig preventiv ist, wenn wir jetzt nur schauen, dass unsere Ausgaben nur in Graz wirken. Es gibt natürlich gute Gründe dafür, das ist schon klar, aber wenn wir jetzt in der Wirtschaftskrise hergehen und jeder nur ganz kleinräumig auf sich selbst schaut, dann kann es im Großen nicht so gut funktionieren und ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Einteilung, ob die Kollegin Michalitsch es wirklich gemeint hat, was da angekommen ist, weil es ist ein großes Problem, wenn man in der Rezession zu sehr auf Dienstleistungen setzt, weil die müssen nachher wieder abgebaut werden. Es ist nicht sehr leicht, Dienstleistungen und Ausgaben einzuführen und nachher wieder zu senken, das geht einfach mit Infrastruktur leichter, und selbst wenn die Firmen vielleicht vom Ausland oder von auswärts sein mögen, die Bauarbeiter sind trotzdem meistens aus der Region, leben zumindest hier. Also das hat schon alles auch regionale Effekte, man kann darüber diskutieren, aber ich glaube, es macht in der Krise keinen Sinn, wenn jetzt jeder die Mauer um sich selbst herumbaut, sondern wir müssen auch schauen, dass wir den ganzen Karren gut weiterbringen, die Krise ist sehr ernst, da müssen wir einfach alle zusammenschauen. Zum Kollegen Korschelt vielleicht noch ganz kurz, auch andere Gebietskörperschaften haben viel mehr Schulden, was ich damit sagen will, man muss sehr genau schauen, die Stadt ist ja kein Privatunternehmer, wir haben ja Aufgaben zu erfüllen, wir haben wichtige Leistungen zu erbringen. Diese zu erbringen, ist einmal die primäre Aufgabe, natürlich muss man die auch finanzieren, natürlich muss man auch auf den Schuldenstand schauen. Würden wir aber hin zum Bund vergleichen, dann würden wir sehen, dass der zum Beispiel in Relation zum Budget viel höhere Schulden hat. Also der Bund wäre froh, wenn er einen Jahresumsatz oder ein Jahresbudget Schulden hätte, er hat hier deutlich mehr Schulden und muss auch mit dieser Last leben. Also Schulden sind nicht gut, aber man kann sie handeln, man muss es genau anschauen und Graz ist keine Gebietskörperschaft, die zu den höchstverschuldeten zählt in Relation zur Größe. Denken Sie nur an den Bund, Staatsquote und Staatsverschuldungsquote, dann sehen Sie, dass beim Bund die Verschuldung viel, viel höher ist, 60 % von BIP im Vergleich zu den Staatsausgaben. Also da muss man schon klar auch schauen, wie die Relationen sind. Und ein Letztes noch, es wurden erwähnt auch 28 Millionen Abgang im laufenden Saldo, ist sicher nicht gut, muss man sicher schauen, wie man damit weiter umgeht, aber nachdem die Leute nur die Zahl lesen, das Budget doch

nicht so genau anschauen, wäre es vielleicht doch schlauer gewesen und da will ich Gerhard Rüschi nicht kritisieren, sondern einfach nur ein Beispiel bringen, er war so ehrlich und hat 20 Millionen Einnahmen, die er vorher in der laufenden Gebarung gehabt hat, nachher nicht in die laufende geschrieben, weil er gesagt hat, also ganz passt es ja doch nicht, es geht um die Dividende der Grazer Stadtwerke. Hätten wir die 20 dort stehen lassen, wo sie zuerst gewesen wären, Kollege Mariacher hätte sich leichter getan, er hätte nur mehr acht Millionen gefunden Abgang. Aber die ehrliche Version 28 währt zwar am längsten, aber kurzfristig löst uns das Reaktionen aus, also bitte hier einfach genau reinschauen, was hinter dem Zahlenwerk alles steht, da ist ganz, ganz viel verborgen drinnen, bitte genau schauen und dann sieht man, wie Sachen auch dargestellt werden können und nicht nur auf die Zahl schauen. Ich glaube, dass der Budgetabschluss ehrlich dargestellt ist, wir hätten genauso eine Null hinschreiben können, dann hätten alle gesagt, eine Null, aber es wäre vielleicht nicht nachhaltig gewesen. Also, in diesem Sinne noch einmal ein schöner Budgetabschluss, aber wichtige Aufgaben für die Zukunft, wir müssen unsere Leistungen weiter halten können und wir müssen natürlich auch auf den Schuldenstand schauen. Aber er wird uns nicht erwürgen, er wird uns nicht umbringen, wir werden ihn handeln können. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Zunächst einmal bedanke ich mich für die faire Diskussion, faire offene Diskussion, vielleicht mit einer einzigen Ausnahme, Kollege Mariacher, habe ich Sie richtig verstanden, Sie haben gesagt, wurden 28 Millionen versoffen und verprasst? Wenn ja, weiß ich nicht, wen Sie damit in seiner Meinungsbildung beeinflussen wollen, Sie beleidigen jedenfalls hier sehr viele, falls Sie das tatsächlich gesagt haben. Aber wie gesagt, davon abgesehen danke ich für die Diskussion und ich fange vielleicht beim letzten Diskussionsbeitrag, beim Kollegen Gerhard Wohlfahrt, an. Ich weiß, dass man sich Transparenz und Offenheit sehr gut überlegen sollte, denn wenn sie einmal geleistet ist, dann ist sie da und sie kann auch nicht mehr zurückgenommen werden. Ich bin sehr froh, das ist auch nicht nur meine Erfindung, sondern etwa die Darstellung des gesamten konsolidierten Schuldenstandes ist schon in der Vorperiode gekommen und ich halte sie für sehr nützlich. Ich darf auch sagen, wir haben inzwischen eine Nachahmerin gefunden,

das ist die Stadt Linz, die Stadt Linz weist ebenfalls seit heuer den konsolidierten Gesamtschuldenstand aus und ich darf Sie in der Hinsicht auch beruhigen, der konsolidierte Schuldenstand der Stadt Linz ist, hören Sie, um 50 % höher als jener der Stadt Graz. Die Stadt Linz hat zirka 1,4 Millionen konsolidierter Schuldenstand...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Entschuldigung, 1,4 Milliarden, habe ich mich geirrt, danke, 1,4 Milliarden Schuldenstand, wie gesagt, das ist um 50 % mehr als Graz. Aus meiner Sicht gibt es zwei ganz kurze Kommentare dazu: das Erste der Kommentar schließt eigentlich durchaus mit Zustimmung zu sehr vielen Rednern an vom Herrn Korschelt, durchaus auch vom Kollegen Riedler, das ist eben, man darf, wenn man ein Budget bewertet, nicht einfach und nicht ausschließlich auf die laufenden oder auf den Schuldenstand schauen, sondern man muss ganz klar sagen, was wurde damit gemacht. Wir haben ja von diesem Schuldenstand laut Ermittlung des Rechnungshofes zirka 600 bis 700 Millionen Euro für Investitionen ausgegeben, das heißt, wir haben Schulen gebaut, wir haben Kindergärten verbessert, wir haben selbstverständlich auch kulturelle Einrichtungen gebaut, das sind Dinge, mit denen unsere nachfolgenden Generationen ja etwas anfangen können, die ja auch ihre Entwicklungschancen berührt. Da finde ich es durchaus in Ordnung, da stehe ich auch dazu, dass man auch von den nachfolgenden Generationen eine finanzielle Last dafür fordern kann. Und ich bin eben auch mit all denjenigen einverstanden, die sagen, unser Problem ist die laufende Gebarung. Da bin ich voll einverstanden, ich bekenne mich dazu, dass das unser Budget, unsere offene Budgetfrage ist, die wir im Laufe der nächsten Jahre lösen müssen und das ist schwieriger geworden dadurch, dass erstmals im Jahr 2010 aller Voraussicht nach die Ertragsanteile nicht mehr steigen werden. Wir haben 2009 noch mehr Ertragsanteile als 2008, 2010 werden sie erstmalig nicht mehr steigen und wir haben, wie gesagt, natürlich eben auch unsere Maastrichtrelevanten und -möglichen Maßnahmen ausgeschöpft. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bedanken.

Durchaus sehr viel anfangen kann ich auch mit den Wortmeldungen vom Kollegen Riedler, das ist die politische Auseinandersetzung aus meiner Sicht und es hätte mich an und für sich enttäuscht, ich sage es jetzt aus meiner Sicht, wenn eben nicht gekommen wäre, dass die SPÖ bei dieser Schwerpunktsetzung der schwarz/grünen Koalition nicht mitmachen kann. Ich stehe dazu und ich denke, dass alle dazu stehen von dieser Koalition, ich weiß, dass die Kultur als eigener Bereich für den Schwerpunkt nicht dabei ist, aber wir haben dafür etwas gesetzt, das ist eben Integration, Frauenthema, Jugendsport, Nachmittagsbetreuung und Kinderbetreuung, das ist eine politische Entscheidung, zu der man stehen muss und die durchaus eben auch diesen Regierungswechsel ausdrückt (*Applaus ÖVP*). Ich möchte mich nochmals bedanken für die Diskussion, ich stelle den Antrag, den Jahresabschluss zu genehmigen. Mein Büromitarbeiter Anton Reiß, hat gerade die korrigierte Darstellung des konsolidierten Schulenstandes in Kopie mitgegeben und er wird es Ihnen noch austeilen, damit Sie da auch die richtige Information haben. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Damit gehen wir in eine Fünf-Minuten-Pause, weil die Kinder noch unterwegs sind, wie ich gehört habe. Ich würde euch aber ersuchen, dass ihr auch wirklich wieder zurückkommt, dass die Kinder nachher nicht alleine hier herinnen sitzen, es wäre nämlich eine ziemliche Missachtung ihres Engagements. In fünf Minuten beginnt hier der Kindergemeinderat für eine Stunde, dafür unterbrechen wir die reguläre Gemeinderatssitzung und danach geht es mit der Tagesordnung weiter.

Unterbrechung des Gemeinderates von 15.00 bis 16.20 Uhr.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

19) StRH – 1093/2009

Prüfbericht Stadtrechnungshof
Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse
2008

GR. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bevor ich mich mit dem Stück befassen möchte, möchte ich mich zuerst einmal sehr herzlich bedanken beim Stadtrechnungshofdirektor und dem Team für die umfangreiche Ausarbeitung. Der Rechnungsabschluss 2008 war ja heute schon Gegenstand einer längeren Diskussion, und wie das Statut der Stadt Graz vorsieht, prüft der Stadtrechnungshof dieses Zahlenwerk dann, wobei es eher hauptsächlich um die rechnerische Richtigkeit geht. Es werden hie und da natürlich auch dann Kommentare zum Inhalt gegeben, aber ich möchte mich hier eher auf dieses Zahlenwerk beschränken und darf Ihnen bekanntgeben, dass der Stadtrechnungshof sich mit dieser Materie ausgiebig befasst hat und folgender Gemeinderatsantrag gestellt wird: Der Kontrollausschuss hat den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes betreffend die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2008 in seinen Sitzungen am 5. Oktober 2009 und in seiner Sitzung am 12. Oktober 2009 eingehend beraten. Gemäß § 67 b Abs. 5 des Statutes der Stadt Graz wird zum folgenden Prüfbericht folgende Stellungnahme abgegeben: Der Kontrollausschuss hat die vom Stadtrechnungshof getroffene Feststellung und Empfehlungen ausführlich diskutiert. Sämtliche Berichtsteile des Prüfungsberichtes über die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses wurden vom Kontrollausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich bitte höflich um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses, einschließlich der Vorschläge zur Beseitigung der aufgezeigten Mängel, gemäß § 67 a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Rajakovics

17) StRH – 40044/2008

Bericht betreffend die Prüfung
Erhöhung der Tagsätze für Pflegeheime
ab 1. Jänner 2009 – Prüfung des
Normkostenmodells

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Prüfung der Erhöhung der Tagsätze der Pflegeheime mit 1. Jänner 2009 und die Prüfung des Normkostenmodells durch den Stadtrechnungshof. Es war eine Prüfung im Hinblick auf die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb von Pflegeheimen, die Finanzierung dieser Pflegekosten, Anzahl, Struktur und BetreiberInnen von Pflegeheimen, Tarifmodell, Kalkulationsgrundlagen für die Entgeltbemessung und auch die ökonomische Beurteilung. Das wesentliche Ergebnis des Ganzen ist, das Steiermärkische Sozialhilfegesetz sieht grundsätzlich vor, dass es lediglich eine Abgeltung der Selbstkosten für Betreiberinnen und Betreiber von Pflegeheimen in der Steiermark geben sollte. Das heißt, grundsätzlich wäre ein Betrieb von Pflegeheimen nicht gewinnorientiert. Jetzt fragt man sich natürlich, und das hat auch der Stadtrechnungshof getan, wieso gibt es private Betreiber, die Pflegeheime betreiben, wenn es keine Gewinnabsicht dahinter geben sollte, also muss es doch irgendwo eine Gewinnspanne geben und nach Prüfung dieses Normkostenmodells, das grundsätzlich als Grundlage durchaus auch vom Stadtrechnungshof als nicht schlechtes Modell angesehen wird, ergibt sich, dass die, weil das eine Verwaltungsvereinfachung und Ähnliches einfach für die Abrechnung auch leichter ist, wenn man einen Fixbetrag mit Heimbetreibern abrechnet, gibt es doch eine auffällige Position in diesem Modell, die ein erhebliches Gewinnpotential hat, und zwar ist das die Hotelkomponente, die in den letzten Jahren ungewöhnlich hoch angestiegen ist, das ist jene Komponente, in der all jene Kosten abgerechnet werden, die nicht direkt zum Pflegebetrieb eines Heimes gehören und diese Hotelkomponente ist zum Beispiel im vergangenen Jahr um knapp 10 % erhöht worden. Wir haben daher gerade in diesem Bereich der stationären Pflege einen besonders hohen Anstieg an Zuschusszahlungen von Seiten des Sozialamtes der Stadt Graz, und der Stadtrechnungshof kritisiert in diesem Zusammenhang ganz besonders die Tatsache, dass die Stadt Graz kaum Einfluss darauf nehmen kann, wie diese Erhöhung, die jährliche, diese Evaluierung und damit die Erhöhung tatsächlich zustande kommt. Das heißt, der Stadtrechnungshof hat nach Rücksprache auch mit unserem Eigenbetrieb, nämlich mit dem Geriatriischen

Gesundheitszentrum, aber auch nach Rücksprache mit Betreibern, wie zum Beispiel der Caritas oder der Volkshilfe, festgestellt, dass durchaus eine Erhöhung, die um 4 bis 5 % unter der festgelegten möglich gewesen wäre, allerdings hat sie so nicht stattgefunden. Das heißt, diese Hotelkomponente ist eine Komponente, die im Moment auch gewinnträchtig ist und daher gerade in einem Bereich, in dem wir nicht genau wissen noch, wie sich die Kosten in der Zukunft wirklich entwickeln werden, die zu hinterfragen ist und wo sich die Stadt Gedanken drüber machen sollte, so der Rechnungshof, in welcher Form die Abhängigkeit von privaten Betreibern möglichst minimiert werden kann, ob es nicht sinnvoll erscheint, dass die Stadt Graz selbst Heime errichtet und letztlich nur Betreiber für errichtete Heime sucht, weil damit die Hotelkomponente und die Abschreibung etc. sich deutlich verringern würden und man sollte an das Land herantreten, um in geeigneter Form noch einmal darüber zu reden, inwieweit die Stadt Graz stärker Einfluss nehmen kann auf die endgültige Festlegung der Normkosten im jeweils laufenden Jahr. Soweit eine Zusammenfassung dessen, was im relativ umfangreichen Bericht Erhöhung der Tatsätze für Pflegeheime ab 1. Jänner 2009 entstanden ist. Der Antrag ist, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Frau Stadträtin, werter Gemeinderat! Ich möchte zuallererst mich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes, der Bericht ist wirklich sehr ausführlich und auch gut fundiert und zeigt viele Verantwortungen auf, und ich möchte auch gleich ein bisschen die Historie dieser Sache aufarbeiten. Am 29. Juni wurde dieser Stadtrechnungshofbericht dem Kontrollausschuss präsentiert und gleich daraufhin ins Internet gestellt. Ab diesem Zeitpunkt waren das Sozialamt und auch die

zuständige Stadträtin über die Inhalte des Berichtes informiert. Der Inhalt zeigt wirklich einen klaren, und nicht nur einen klaren, sondern wirklich einen akuten Handlungsbedarf auf, natürlich jetzt nicht nur für die Stadt Graz, sondern vor allem für das Land, und da ist zu erwarten, dass auch die zuständige Stadträtin reagiert, und weil bis September dieses Jahres keine Antwort gekommen ist, hat der Stadtrechnungshof noch einmal bei der zuständigen Stadträtin urgiert, das war am 17. September, und sie aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben, die lautete, weiters möchten wir im Sinne von § sowieso anfragen, ob eine schriftliche Rückäußerung des Fachamtes Sozialamt oder eine schriftliche Rückäußerung der zuständigen Stadtsenatsreferentin in Ausarbeitung ist. Ich habe daraufhin auch eine Anfrage im letzten Gemeinderat gestellt und heute ist bei uns allen eine Rückantwort eingetrudelt in der Mailbox. Der Stadtrechnungshof hat vor zirka einer Woche eine Rückantwort bekommen, das ist vom Sozialamt ein vierseitiger Bericht, wo Statistiken gezeigt werden, die eigentlich nicht näher beschrieben sind und am Schluss des Berichtes heißt es, betreffend die weitere von Ihnen gestellte Frage, ob sich eine schriftliche Rückäußerung des Fachamtes Soziales in Ausarbeitung befindet, kann auf unser Mail vom 25. 6. 2009 verwiesen werden, wonach keine weitere Stellungnahme zum Prüfbericht ergehen wird beziehungsweise feststellen, dass der gegenständliche Prüfbericht des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis genommen wird. Liebe Frau Stadträtin, ich spreche dich persönlich an, du verteidigst das Sozialbudget wie eine Löwin, das ist auch gut so, alles andere wäre falsch, aber ich sage an dieser Stelle, dass das Anforderungsprofil einer kompetenten Sozialstadträtin in Zukunft und auch schon jetzt aus meiner Sicht daran gemessen werden soll, wie Sie auch bei übergeordneten Gebietskörperschaften neue Strukturen einfordert, dass wir nicht ständig mit neuen finanziellen Belastungen überhäuft werden (*Applaus ÖVP*). Und der Stadtrechnungshof zeigt für mich drei klare Punkte auf. Der erste Punkt ist, dass die Zugangsvoraussetzung für die stationäre Pflege hier in der Steiermark nicht erst ab der Stufe 3 möglich ist,...

Zwischenruf Herper: Fünf Minuten.

GR. **Hohensinner:** Ganz, ganz schnell, das ist auch eine Information, Herr Klubobmann, die, glaube ich, alle interessiert, sondern in Wien ist es so, dass erst aber der Stufe 3 die Leute in eine vollstationäre Pflege können, vorher werden sie mit guten mobilen Leistungen abgefangen. Natürlich kann man jetzt sagen, das sind Leute mit Alzheimer, da könnte man eine Ausnahme machen. Aber hier ist Bedarf, das zeigt der Bericht auf. Zweiter Punkt, die historisch gewachsenen Tagsätze können einfach nicht nachvollzogen werden, warum die so hoch sind, und die dritte Sache ist die Hotelkomponente, das heißt, ein Betreiber bekommt einen Durchschnittswert, auch wenn das Altersheim 60 Jahre alt ist, bekommt er noch immer den Durchschnittsbetrag. Also, wenn das Heim schon voll abgeschrieben ist, kriegt er das Geld, das ist ein klarer Handlungsbedarf, wo die Frau Stadträtin das auch gegenüber dem Land einfordern muss. Es gibt jetzt einen Slogan, der von Franz Voves überall plakatiert wird, der heißt, bewegen wir die Steiermark, ich sage nur soviel, liebe Frau Stadträtin, wenn du nicht schleunigst den Soziallandesrat bewegst, bewegen wir uns als Stadt Graz in eine soziale Krise und unsere Verantwortung ist es, dass wir nicht nur das bestehende Budget verteidigen, sondern dass wir auch für die zukünftigen Generationen, für die sozial Schwächsten das Sozialbudget sichern und das ist momentan nicht zu erkennen. Ich bedanke mich jetzt noch einmal oder schon jetzt für die breite Zustimmung, die hoffentlich hier gegeben wird, und die breite Zustimmung werte ich als einen klaren Auftrag an die Sozialstadträtin...

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Fünf Minuten sind vorbei.

GR. **Hohensinner:** ...hier zu urgieren und auch, kann ich jetzt schon ankündigen, dass wir die Sozialstadträtin mit einem weiteren Prüfbericht unterstützen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben natürlich diesen Prüfbericht auch sehr intensiv studiert. Einiges ist aus meiner Sicht durchaus nachvollziehbar, auf eine Sache möchte ich aber doch klar eingehen, ist die aus meiner Sicht geäußerte Fehlbetrachtung, die irgendwo herauslesbar ist, dass man mit dem Bau von städtischen Altenpflegeheimen, städtischen stationären Einrichtungen Kosten, Steuerzahlerkosten der Grazerinnen und Grazer einsparen könnte, wenn es die Stadt Graz selber macht, als es private Anbieter leisten können, wenn der Bedarf gegeben ist. Wir wissen alle von vergleichbaren Einrichtungen auch im Spitalssektor, dass es gerade private Anbieter sind, die wesentlich günstiger Investitionen tätigen können, ich denke alleine an die Ausschreibungsbedingungen, die ein öffentlichen Rechtsträger verpflichtet sind, an das Nachverhandlungsverbot, sodass man grosso modo davon ausgehen kann, dass allein bei der Errichtung von solchen Einrichtungen private Anbieter um rund 10 % günstiger Bauleistungen erstellen können, als das die öffentliche Hand tut. Und ich würde das gar nicht als eine ideologische Debatte führen wer nachher das betreibt, das ist für mich eine Frage der Kosten, das kann man berechnen und vergleichen zwischen privaten und öffentlichen Anbietern; was für mich viel entscheidender ist, gerade als Politiker, ist die Frage der Qualität. Welche Qualität möchten wir, dass unsere alten Leute, die nicht mehr eben in ihren normalen Wohnungen, in ihrem normalen Haushalt bleiben können, welche Qualität sollen diese bekommen und das hängt zusammen auch mit der Hotelkomponente, die schon angeschnitten worden ist. Ich kann in keiner Weise verstehen vom Kollegen Hohensinner, dass du hier rausgehst und sagst, du kannst an sich nicht nachvollziehen, wie diese Kostenkalkulationen zustande kommen, das findet man ja sogar in dem Stück drinnen, da braucht man nicht einmal ergänzende Unterlagen hinzuziehen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das habe ich ja gar nicht gesagt.

GR. Mag. **Mariacher**: ...sondern es ist ein klares Modell seitens des Landes, das auf einer 70-Betten-Pflegeeinheit beruht und wo diese Kalkulation, zusammengesetzt

aus Personalkosten, Energiekosten, Servicekosten, Logistikkosten bis hin zu den Abschreibungen, die natürlich für die Gebäude auch anfallen, zustande kommt. Und das gilt es aus meiner Sicht zu berücksichtigen. Ich halte es falsch, hier auf Basis dieses Berichtes eine ideologische Diskussion vom Zaun zu brechen, wir haben im Sinne der Grazerinnen und Grazer ein gutes qualitätsvolles Ergebnis zu erzielen und auch zu beachten, dass dieses Ergebnis zu den geringstmöglichen Kosten zu erzielen ist. In diesem Sinne lehnen wir diesen Informationsbericht ab. Danke.

StRin. **Edlinger:** Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg zu dieser eingeforderten oder bemängelnden Stellungnahme. Ich interpretiere die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu einem Stadtrechnungshofbericht abgeben zu können, dahingehend, dass wenn ein Amt, eine Amtsleitung oder ein Stadtregierungsmitglied eine andere Auffassung, eine andere Meinung vertritt und hier eine gegenteilige Auffassung auch schriftlich zum Ausdruck bringen möchte, dass dafür das Instrument einer Stellungnahme da ist, damit das auch Schwarz auf Weiß diskutiert und dokumentiert ist. Wenn ich grundsätzlich nichts zu kritisieren habe am Bericht und an den Darstellungen des Stadtrechnungshofes, wüsste ich nicht, warum ich extra noch eine schriftliche Stellungnahme dazu abgeben soll, Entschuldigung (*Applaus SPÖ*). Ich habe schon in der Fragestunde darauf hingewiesen, dass da offensichtlich ein massives Informationsdefizit seitens der ÖVP existiert, was die laufenden KDZ-Studien im Pflichtleistungsbereich angeht...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Die unterstreichen das Ganze.

Strin. **Edlinger:** ...und deswegen erlaube ich mir einfach, dass ich dir kurz präsentiere, was die Projektziele sind in dieser Studie, zum Beispiel, was die Pflegeheime angeht. Die gehen nämlich über das, was der Stadtrechnungshof aufgelistet hat, doch einiges hinaus. Es geht beim Auftrag ans KDZ um die

Evaluierung, wie weit das Normkostenmodell angemessen ist, wie weit mit diesem Modell die Kostenstrukturen in den verschiedenen Einrichtungstypen abgedeckt werden können, es geht um das Herausarbeiten von Unterschieden in den Kostenstrukturen und deren Ursachen. Es geht um die Entwicklung eines standardisierten Verfahrens zur jährlichen Anpassung und Weiterentwicklung der Tatsätze für die Leistungs- und Entgeltverordnung in diesem Zusammenhang auch, dann beim BHG-Bereich, und es geht um Entwickeln einer Strategie zur Optimierung und Nutzung der Potentiale aus der Kosten- und Tagsatzanalyse. Das heißt, es ist weiter angelegt, im Hauptausschuss des Städtebundes ist es eben auch schon anhand der Zwischenpräsentation der Ergebnisse ersichtlich gewesen, dass die Räder, die aufgezeigt werden, wo wir drehen können im Rahmen des Normkostenmodells weit über die Frage der Einpreisung der kalkulatorischen Mittel hinausgehen, es geht um die Fragen wie in diesem Normkostenmodell Management, Administrationskosten etc. Berücksichtigung finden, es geht um die Frage, wie im Normkostenmodell, von welchem Auslastungsgrad ausgegangen wird und, und, und. Das heißt, ich bin sehr froh, wenn wir dann sehr breite, sehr kritische Analysen des KDZ am Tisch liegen haben, das einfach in meinen Augen noch viele zusätzliche Rädchen aufzeigt, über die es dann gilt, gemeinsam mit dem Land zu verhandeln und gemeinsam mit dem Land was weiterzubringen, weil das sage ich auch dazu, das ist auch der Unterschied. 2003, kann ich mich erinnern hat es geheißen, da war damals noch, wirst dich nicht so erinnern, ob deiner Jugend, aber du warst, glaube ich , auch schon da damals, bevor der Bürgermeister Nagl ins Bürgermeisteramt gekommen ist und da war noch Waltraud Klasnic Landeshauptfrau, da hat es geheißen, also wenn wir einen schwarzen Bürgermeister haben, dann wird das Land dann das Füllhorn ausschütten über die Stadt und da wird es dann überhaupt eine 70:30-Regelung geben, Pflichtbereich...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist von euch gekommen. Eure Ankündigung.

StRin. **Edlinger**: ...das Füllhorn ist einzig und allein nie gekommen und ich halte auch nichts davon, wenn man sonst versucht, irgendwie als Stadt nur auf den Tisch zu hauen und zu sagen, aber wir wollen das, weil dass man damit nicht wirklich weiterkommt bei anderen Gebietskörperschaften, das sieht man eh. Was ist bei der Nahverkehrsdrehscheibe, da tut ihr jetzt immer kritisieren, dass der Bund nichts dazuzahlt, aber im Endeffekt hilft uns das auch nicht weiter und bringt uns nicht zusätzliches Geld, dass ihr dann im Nachhinein jammert, deswegen ist meine politische Strategie, einfach hier gemeinsam den Weg mit dem Land zu gehen. Wir wissen, dass das Land auch einen finanziellen Druck verspürt, auch an dir werden die letzten zwei Tage in der medialen Berichterstattung nicht spurlos vorübergegangen sind, du wirst mitbekommen haben, was durchaus auch bedrohlich für manche Bevölkerungsgruppe, denke ich mir, hier uns schon in Aussicht gestellt wurde, dass jedes Ressort nämlich bis zu 25 % einsparen soll, also das ist eine Zielvorgabe, die sich das Land hier, die Landesregierung hier stellt, wo ich mir denke, da bist du dann wahrscheinlich der Erste wieder, der da heraußen ist mit einem dringlichen Antrag und über Leistungseinschränkungen da oder dort möglicherweise berechtigterweise aufregen wirst. Das heißt, es wird nur gemeinsam mit dem Land gehen und deswegen halte ich auch so viel jetzt von diesem Weg, den wir eingeschlagen haben mit der KDZ-Studie. Entschuldigung, bin schon fertig. Weil das eben Studien sind, die nicht wir allein in Auftrag gegeben haben, sondern die wir gemeinsam Städtebund, gemeinsam die Sozialhilfeverbände und mitfinanziert sogar auch vom Land, in Auftrag gegeben haben, also nur so können wir was weiterbringen und weiterentwickeln und gemeinsam am Rädchen drehen, aber nicht, weil wir da herüben ein Haus weiter Hupfen wie der Kasperl und sagen, das Land ist so gemein, deswegen ändert sich noch nichts und was du mit der Stufe 3 gesagt hast, also Tatsache ist auch, da hast du nicht den letzten Diskussionstand wahrscheinlich präsent, ich kann mich erinnern letztes Gespräch darüber ausführlich, in der Stadregierung war es sogar der Bürgermeister, der gesagt hat....

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Du bist schon diesmal sehr weit über den fünf Minuten.

StRin. **Edlinger**: ...die, die Stufe 1 und 2 aber jetzt in den Pflegeheimen befindlich sind, da kann man nicht verlangen, dass die jetzt einfach von heute auf morgen auf die Straße gestellt werden, sondern die muss man auch in den Pflegeheimen, zumal sie ja meistens keine Wohnung etc. nicht mehr gibt, einfach belassen, aber du weißt schon, dass auch bei uns davon ausgegangen wird, dass man summa summarum eher ab Pflegegeldstufe 3 den Zugang zu einem Heim befürwortet und finanziert und subventioniert (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Wir als Österreichische Volkspartei wollen selbstverständlich auch im Bereich Pflege Nägel mit Köpfen machen und zwar im guten Einvernehmen mit dem Land. Eine kleine Erinnerungshilfe, liebe Frau Stadträtin Elke Edlinger, die 70 : 30 waren ein Luftballon von eurem damaligen Soziallandesrat Kurt Flecker. Ihr habt es offenbar nicht geschafft, das im eigenen Ressort so durchzubringen (*Applaus ÖVP*). Uns ist es wichtig, dass unsere hochbetagten und pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger bestmöglich betreut und versorgt werden, dass wir aber immer entsprechend den Rechnungshofkriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit vorgehen und deshalb ausloten, wo es noch Optimierungsmöglichkeiten gibt und daher wird die Österreichische Volkspartei, unser Gemeinderatsklub, jetzt noch einmal den Rechnungshof ersuchen, aus den dargestellten Gründen noch eine entsprechende Prüfung vorzunehmen, ich bringe den Antragstext in aller Kürze. Die explodierenden Ausgaben der steirischen Sozialhilfeverbände und damit auch der Stadt Graz, das Nettodefizit im gesamten Bereich der Sozialhilfe steigt allein in Graz um jährlich zirka acht Millionen, veranlassen uns, den Stadtrechnungshof zu beauftragen, diesen gesamten Bereich allenfalls unter Einbeziehung externer ExpertInnen einer Evaluierung zu unterziehen. Wie bei den Tagsätzen der Pflegeheime, siehe KDZ-Studie, ist es notwendig, sehr genau hinzuschauen, um die richtigen Maßnahmen vorschlagen zu können. Der Bereich von verschiedenen Sozialhilfeverbänden, der Vergleich zeigt, dass es auch im sogenannten Pflichtbereich große Interpretationsspielräume gibt, die letztlich auch die tatsächlichen Ausgaben maßgeblich beeinflussen. Bei solchen jährlichen

Kostensteigerungen, wie wir sie im Sozialbereich feststellen, darf niemand die Augen verschließen, denn es muss jedem verantwortungsvollen Entscheidungsträger ein ehrliches Anliegen sein, auch künftigen Generationen soziale Sicherheiten bieten zu können. Das Augenmerk der Prüfung soll dabei auf die Analyse der derzeitigen Kostensituation sowie der kurz-, mittel- und langfristig zu erwartenden Entwicklung gelegt werden. Dabei erscheint ein Vergleich der jeweiligen Situation in anderen Bundesländern, abhängig von der herrschenden Rechtslage beziehungsweise entsprechenden Städten, zielführend. Ergebnis dieser Untersuchung soll auch das Aufzeigen eines allenfalls gegebenen Handlungsbedarfs gegenüber einer übergeordneten Gebietskörperschaft sein beziehungsweise diesen in Abhängigkeit von der Finanzierungs- beziehungsweise Kostensituation darzustellen. Insbesondere wird der Stadtrechnungshof ersucht, mögliche Auswirkungen der in Diskussion befindlichen Bedarfssicherung auf die Kosten und Finanzierungserfordernisse des Sozialbereiches der Stadt aufzuzeigen. Aus diesen Gründen wird von den Mitgliedern des ÖVP-Gemeinderatsclubs ein Antrag gemäß § 13 Abs. 2 Ziffer 1 Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes in der gültigen Fassung gestellt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann:** Der Bericht des Stadtrechnungshofes ist grundsätzlich positiv zu beurteilen. Alles, was da drinnen aufgezeigt ist, zeigt uns aber auch und auch die Diskussion, die jetzt formell und informell gelaufen ist, in welcher ernststen Lage wir uns befinden, wenn wir über Pflege und über pflegebedürftige Menschen reden. Die Prüfung beinhaltet, ein wenig geht es an der Problematik des Pflegebereiches und der notwendigen Schritte doch vorbei. Ich habe nicht viele Antworten, ein paar Fragen, die jedenfalls wahrscheinlich nicht nur hier im Gemeinderat, sondern auch im Landtag zu diskutieren sind. Die Frage, die sich schon auch auf Grund dieses Stadtrechnungshofberichtes auftut ist, wer verdient an der Erhöhung der Tagsätze, vor allem, wenn wir jetzt schon in das Jahr 2010 schauen, die paritätische Kommission hat eine Steigerung der Normkosten von 13 % für 2010 vorgeschlagen. In dieser paritätischen Kommission sind die privaten Träger vertreten, die Gemeinnützigen und auch die Städtischen sind nicht vertreten. Dadurch auch sehen wir da keine Möglichkeit oder sehen die Kollegen/Kolleginnen, die aus dem

gemeinnützigen Bereich sind, wie auch der Kollege aus der GGZ, nicht die Möglichkeit, da mitzudiskutieren. Die GGZ oder die öffentlichen Träger schlagen für das Jahr 2010 eine Steigerung der Normkosten von 2,6 % vor, also es ist ein Riesenunterschied was die privaten Träger verlangen für die Pflege als Erhöhung der Normkosten wie die öffentlichen. Die Gemeinnützigen schlagen eine Steigerung von 5,6 bis 5,7 % vor. Ich möchte schon gerne wissen, wie diese großen Unterschiede bei der Einschätzung, bei der Steigerung der Normkosten zustande kommen (*Applaus ÖVP und Grün*). Spannend für mich ist es auch noch zu hören, dass derzeit 60 Personen auf einen Platz im GGZ warten. Welche Qualitätskriterien, die das GGZ zuwege bringt, können Private nicht erfüllen. Welche Qualitätskriterien herrschen bei der GGZ und trotz dieses Einhaltens dieses hohen Standards werden die Normkostenerhöhung für 2010 nur mit 2,6 % festgehalten, also da möchte ich eine Antwort haben. Schauen wir weiter: Interessant ist zum Beispiel auch, dass in Oberösterreich sehr hohe Qualitätskriterien und Standardvorgaben vorhanden sind, und seitdem diese Qualitäts- und Standardvorgaben da sind, sind auf einmal die privaten Träger nicht mehr interessiert privat Pflegeheime zu führen. Es gibt seit einiger Zeit keine Neubauten mehr und kein neuer Ausbau von privaten Anbietern. Eine Forderung, die wichtig wäre im Gesamtzusammenhang und auch im Gesamtzusammenhang zu sehen, wäre ein Zusammenschluss der öffentlichen und der gemeinnützigen Pflegeheime in einem eigenen Verein, um damit auch Mitglied in der Paritätischen Kommission zu sein, damit sie diese jährlichen Normkostensteigerungen auch mitbestimmen können und zu allerletzt eine grüne Forderung seit vielen, vielen Jahren im Pflegebereich, schauen wir uns doch alternative Formen von Pflege an, schauen wir an, wie weit wir Menschen in ihrem Bereich, in ihren Wohnungen, in ihren vier Wänden unterstützen können, diese Form der Pflege muss ausgebaut werden, damit wir dann nicht den Pflegekollaps in den nächsten Jahren erleben. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Nachdem es mein Ressort ist, erlaube ich mir, Stellung zu nehmen, die Daten sind gesagt worden. Was ich nur wieder unterstützend sagen möchte und ich glaube, da sind wir ja gar nicht so voneinander entfernt die einzelnen Fraktionen, ich unterstütze es

vollkommen, was Sie sagen, Gemeinderat Baumann, je mehr wir uns aus dieser Verantwortung zurückziehen, desto weniger Mitsprache haben wir bei der Gestaltung der Kosten, das heißt im Gegenteil, da sind wir ein bisschen immer über Kreuz der Herr Finanzstadtrat und ich, aber das gehört einmal dazu. Je mehr wir uns da herausziehen, desto weniger können wir mitreden, desto mehr werden die Kosten sich erhöhen und nicht senken und wir müssen dort mitreden, weil wir müssen genau da ansetzen, dass wir sagen, wir fördern nicht über Steuermittel indirekt irgendwelche privaten Unternehmungen, nur weil sie die Kostensätze höher ansetzen als wir und die Kommission dann hergeht und sagt, na ja, die macht es sich leicht, die Schlichtungsstelle meine ich damit, und wir nehmen halt einen Satz irgendwo in der Mitte an, der noch immer weit von dem weg ist, was wirklich anzusetzen ist, weil das wird ja bitte logischerweise von den Privaten zuvor schon einmal einkalkuliert. Das bitte immer zu berücksichtigen bei dieser Einstellung. Danke (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Ich möchte nur richtigstellen, Kollege Baumann, die paritätische Kommission hat nicht entschieden, dass 13 % für nächstes Jahr vorzusehen wären, sondern 13 % hat der VAEB gefordert, der Verband der Heimbetreiber, die haben 13 % gefordert und das Land hat null Prozent geboten, aber 13 % ist nicht das Ergebnis der paritätischen Kommission, weil sonst würden wir da jetzt nicht mehr so ruhig diskutieren, angesichts was das dann heißen würde in Wirklichkeit für das Budget, wenn wirklich wir 13 % Steigerung hätten. Das war die Forderung der privaten Heimbetreiber, das Land hat null geboten für nächstes Jahr (*Applaus SPÖ*).

StR. Eisel-Eiselsberg übernimmt um 16.55 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Es muss uns einfach eines klar sein, das Normkostenmodell, so wie wir das jetzt haben, und das

hat auch der Bericht des Rechnungshofdirektors gezeigt, das Normkostenmodell ermöglicht es den privaten Heimbetreibern, sehr, sehr gute Gewinne zu machen. Dass das offenbar eine neue Klientel für die SPÖ ist, ist aus meiner Sicht verwunderlich, denn ich kann mir nicht vorstellen oder könnte mir sonst nicht vorstellen, wieso von Seiten der Landes-SPÖ, von Seiten der Stadt-SPÖ kann nicht mehr und nicht weniger wie eine Aufforderung kommen, wieso dieses Modell nicht geändert wird. Das ist, finde ich, durchaus politisch bemerkenswert, ich hätte mir eher vorstellen können, dass es bei anderen Parteien hier Bremsen gibt, um dieses Modell zu ändern. Was hat dieses Model gebracht, ich darf es Ihnen an wenigen Zahlen sagen. Wir hatten in den Jahren 2000 bis zum Jahr 2008 eine ganz, ganz geringe Steigerung der Pflegebetten in Graz, wir liegen derzeit bei 1700, 2000 waren es zirka 1500, und wir bezahlen derzeit, die Stadt allein, die Stadt allein bezahlt pro Bett und Jahr 10.000 Euro. Im Jahr 2000 war das noch ungefähr die Hälfte und nach allen Schätzungen, wenn das Normkostenmodell so weiter geführt wird, werden wir im Jahr 2015 bei 20.430 Euro pro Bett und Jahr sein. Und wenn Sie nun glauben, dass die Begründung dafür ist oder dass der Hauptteil dieser Steigerung dem Pflegebereich zugute kommt, dann haben wir uns alle getäuscht, er kommt nicht dem Pflegebereich zugute, sondern der Administration und der Hotelkomponente. Frage, wollen wir das? Und es gibt jedes Jahr die Diskussion, an der wir nicht beteiligt sind, eine lange Forderung, dass die Stadt mit dabei ist, dass wir dieses Normkostenmodell ändern können. Ich darf Ihnen ein Ergebnis aus der KDZ-Studie sagen, die KDZ-Studie empfiehlt dem Land für heuer, also für die Tagsatzerhöhung für das nächste Jahr eine Null-Lohn-Runde mit dem Hinweis, ihr habt im Jahr 2008 schon um 15 Millionen zu viel bezahlt. Also ich denke mir, welche Gründe bedarf es noch, um einfach einmal einzugestehen, das kann doch sein, es ist ja ohnehin einstimmig beschlossen worden im Land, also auch mit ÖVP-Stimmen. Man kann einmal sagen, wir haben ein Normkostenmodell eingeführt, das hat die Auswirkung gehabt, der Stadtrechnungshof hat das gebracht, wir werden das ändern und wir werden das verbessern. Das verstehe ich nicht, wieso das nicht passiert, vor allem eben auch bei dieser Lage und ich habe eine unterschiedliche Einschätzung wie der Rechnungshofdirektor, ist mir ohnehin nicht angenehm, das zu sagen, aber ich sage es trotzdem, ich halte die Schlussfolgerung, und das ist auch der Disput mit dem Mario Eustacchio, zu sagen, jetzt bauen wir die Heime wieder selber, halte ich einfach für falsch (*Applaus ÖVP*). Wir haben eine schlechte Regelung, die uns zu

teuer kommt, wir könnten Jahr für Jahr mit den acht Millionen Euro, mit einem Teil der acht Millionen Euro was anderes tun, ohne dass die Qualität leidet. Wir könnten zum Beispiel das Elevelt besser fördern vom Wolfgang Riedler, wir könnten auch in die Kinderbetreuung mehr Geld hinein geben, wir haben eine Regelung, bei der wir einfach zu viel bezahlen, jetzt zu sagen, dann bauen wir doch die Heime wieder selber, dann haben die Privaten den Gewinn nicht, das finde ich, ist der falsche Schluss. Wir müssen die Regelung ändern, wir müssen die Regelung ändern, damit wir hier bei den Steigerungen zu wirklich realistischen Werten kommen, die wir uns leisten können, sodass wir auch verantwortungsvoll bis in fünf und zehn Jahren noch sagen können, die Betten, die wir brauchen, können wir so finanzieren. Aus meiner Sicht deshalb großen Dank an den Stadtrechnungshof, dass er das aufgezeigt hat, wurde auch durch die KDZ-Studie unterstützt und bitte alle anstrengen, dass wir diese wirklich sehr, sehr unwirtschaftlich und kostentreibenden und letztlich eben nicht, auch nicht den Pflegebedürftigen zugute kommende Regelung ändern (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Lieber Gerhard, nur zur Richtigstellung. Es ist ja diese KDZ-Studie genau, aus der du so gerne zitierst, aus dem Grund in Auftrag gegeben worden, um diese Punkte zu hinterfragen und es ist, glaube ich, sehr, sehr gut gelungen. Der Stadtrechnungshof hat die KDZ-Studie unterstützt, ist auch richtig, auch da kommen wir zu guten gemeinsamen Ergebnissen. Faktum ist, wo Private sind, wollen sie verdienen, na ja, ich finde es ja geradezu himmelschreiend, wenn die ÖVP jetzt so tut, als ob sie gerade erst entdecken würde, wie Kapitalismus funktioniert. Also das ist ja jetzt wirklich nicht die ganz große Neuigkeit, dass man weiß, wenn private Anbieter etwas auf den Markt bringen, ganz gleich in welcher Konstruktion, sie wollen natürlich damit Geld verdienen. Ich halte den Zugang, dass es, und da wäre Geld klug und gut investiert, weil wir schon einmal darüber

gesprächen haben, ich halte den Zugang, hier eine öffentliche Verantwortung wahrzunehmen mit der hervorragenden Kompetenz, die wir in der GGZ haben, dieses Know-how auch anzubieten, für richtig, ja warum denn nicht, es ist ein hervorragend investiertes Geld, Herr Kollege Wohlfahrt, das ist nicht provinziell, wie Sie vorhin gemeint haben, das ist klug, das so zu machen. Ich würde mich ja wundern, wenn die Grünen jetzt mir widersprechen würden in dem Zusammenhang, weil bisher habe ich euch ja so verstanden, dass ihr auch eine ähnliche Auffassung vertreten. Also was soll das alles, außer dass man dem Kollegen Hohensinner sozusagen Privatissima geben muss, um ihm zu erklären, wie die Sozialhilfe funktioniert. In diesem Zusammenhang hat die Sozialstadträtin hervorragend und vorbildlich gehandelt, nehmt das doch einmal zur Kenntnis (*Applaus SPÖ*). Wenn das bei euch nicht so üblich ist, ok, geschenkt, soll so sein.

GR. Dr. Piffl-Pervevic: Bewegung und Freundschaft.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Was ist das für eine sinnlose Bemerkung von dir, die passt im Übrigen sehr gut zu deinen restlichen Ausführungen am heutigen Tag. Einmal abgesehen, rege dich nicht so auf, einmal abgesehen davon, hielte ich es wirklich sehr gut, wenn sich dieses Haus drauf verstehen könnte, in diesem Bereich öffentliche Verantwortung zu übernehmen, Herr Finanzstadtrat,...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Wo ist die hervorragende Arbeit?

StR. Mag. Dr. **Riedler**:...dann gehen wir einen besseren Weg und können uns viele Diskussionen über die zu hohen Gewinne privater Unternehmer in dem Zusammenhang ersparen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.02 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Haas-Wippel:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr vieles hat der Stadtrat Wolfgang Riedler schon gesagt, aber ich muss es noch einmal betonen. Der Sündenfall war die Privatisierung eines sensiblen Bereiches, der Pflegebereich hätte nie privatisiert werden dürfen (*Applaus SPÖ und KPÖ*), und jetzt kommt man drauf und die Conclusio von Stadtrat Rüschi ist, die Errichtung soll nach wie vor durch Private erfolgen. Ich muss nur sagen, ich schließe mich vollinhaltlich den Ausführungen des Stadtrechnungshofes an, Errichtung durch die öffentliche Hand, und ich ergänze, auch die Betreuung kann nur durch eine öffentliche Hand durch Qualitätssicherung und durch Kontrollen gewährleistet sein (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi:** Jetzt werde ich auch einmal ideologisch. Das, was sich hier abspielt im Bereich der Tagsätze, dem Kapitalismus vorzuwerfen und sagen, da sieht man, wie Kapitalismus funktioniert, das ist grotesk (*Applaus ÖVP*) und zwar deshalb, weil hier der Staat nicht funktioniert, der Staat, das Land Steiermark hat eine Regelung getroffen, nicht der Kapitalismus. Das Land Steiermark hat eine Regelung getroffen, die eben zu solchen Kostensteigerungen führt und ist auch bereit, das abzugelten. Das ist aus meiner Sicht eine ganz klare Sache von Staatsversagen und nicht Kapitalismusversagen, in dem Fall. Es gibt viel Kritik am Kapitalismus, das ist der falsche Ansatz, da ist es wirklich der Staat. Das Zweite, wenn jetzt die Sozialstadträtin gelobt wird, dann möchte ich schon eines sagen, wir haben letztes Jahr im Herbst, habe ich auch selbst persönlich gemacht, einfach einmal aufs gut Deutsch den Baum aufgestellt und habe gesagt, wir zahlen das nicht mehr, diese Steigerung von 10 % macht allein knapp zwei Millionen Euro pro Jahr für uns aus, wurde damals belächelt in dem Sinn, da erreichst eh nichts, wo war da die Sozialstadträtin, hat mich die Sozialstadträtin unterstützt beim Versuch, hier zu einer neuen Regelung zu kommen? Die KDZ-Studie ist sicherlich zu einem Teil deshalb gekommen, weil wir eben einmal den Baum aufgestellt haben und weil dann auch der Städtebund reagiert hat (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nehme ich in dem Fall gerne zur Kenntnis. Ich kenne inzwischen auch alle Bürgermeister in der Obersteiermark, liebe Leute, ich kenne alle Bürgermeister in der Obersteiermark, fragt sie bitte einmal unter der Hand, was sie zu dieser Regelung sagen. Wir sind uns wirklich völlig einig, sagen alle, muss geändert werden, gehört geändert und verstehen es auch nicht, warum man sie nicht ändert. Also ich kann nur nochmals sagen, nehmen wir doch das wirklich als Anlass und überlegen uns, wie wir gemeinsam, am besten das Land, jeder in seiner Fraktion, habe ich vorhin schon gesagt, eine Änderung herbeiführen. Es ist, ich kann das nur nochmals sagen, es ist bei diesen Steigerungsraten ist der Sozialbereich eine große Gefahr für das Budget in der Zukunft. Es will niemand von uns diesen Sozialstandard reduzieren, sondern jeder will von uns eine wirklich gute Regelung, um das zu sichern und da kann ich nur sagen, machen wir das gemeinsam und unterstützen wir uns gemeinsam (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Lieber Herr Finanzstadtrat, lieber Gerhard! Ich meine, sei mir nicht böse, wenn du als Baumaufstellen meinst, dass du einen Brief an die Pflegeheimbetreiber schreibst, wo du sagst, das Land hat zwar beschlossen 9,7 % Tagsatzerhöhung, aber du bist nicht bereit, das zu zahlen, sondern zahlst nur vier Prozent oder was du ihnen angeboten hast, dann bezeichnest das als Baumaufstellen. Es hat nur nichts bewirkt, weil du hast von niemandem eine Rückmeldung bekommen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Was würdest du tun?

StRin. **Edlinger:** ...wo dann gesagt worden ist, ach ja, lieber Herr Finanzstadtrat, wir haben es eingesehen, wir verlangen weniger und uns brauchen sie nur weniger zahlen. Sogar den eigenen GGZ haben 9,7 % natürlich über das Sozialbudget dann zahlen müssen, aber du hast ja dann, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, acht Millionen fürs Budgetabdecken dann ins Budget hereingeholt aus den GGZ (*Applaus SPÖ*). Also von einer Tasche in die andere. Noch einmal, ich verstehe die Diskussion hier nicht, weil niemand hier sagt, das Normkostenmodell so wie es ist, ist gut, die Steigerungen wie sie sind, sind gut, ich habe da niemand da herinnen gesehen und gehört, der oder die das behauptet hat oder gesagt hat. Und Tatsache ist, da decken wir uns wieder, es kann nur gemeinsam mit dem Land gelingen, hier zu Änderungen des Modells zu kommen, ich setze da sehr breit und sehr intensiv auf diese KDZ-Studie, weil sie einfach breiter und weit über das hinaus geht, was im Stadtrechnungshofbericht einfach drinnen steht, weil das KDZ auch den Vorteil hatte, jetzt auf Eckdaten zurückgreifen zu können, das war ja als Grundlage für diesen Bericht, über den heute beschlossen wird, ja nicht möglich. Der Stadtrechnungshof hat ja gar nicht den Zugang gehabt, woher soll er ihn auch haben? Im Rahmen der KDZ-Studie war es eben möglich, auf Eckdaten von fünf Heimen zurückzugreifen, das ermöglicht dann viel weitergehende Erkenntnisse, als wenn ich jetzt nur eine glatte Analyse des Normkostenmodells mache. Also es hat niemand, der da herinnen sagt, das Normkostenmodell ist gut so wie es ist, niemand sagt, es soll nicht adaptiert, verbessert, geändert werden. Insofern verstehe ich die Diskussion wirklich nicht (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Also manchmal bin ich dann doch überrascht bei solchen Diskussionen, in welcher Art und Weise die SPÖ Kindesweglegung betreibt, wenn seit, glaube ich, dem Zweiten Weltkrieg, zumindest seit der Zweiten Republik ein sozialdemokratischer Landesrat die Sozialagenden führt und auch, glaube ich, seit damals eine Stadträtin oder ein Stadtrat der SPÖ dafür zuständig ist, jetzt zu sagen, also man unterstützt das alles, man versteht eigentlich jede Kritik, die in dem Zusammenhang geäußert wird, dass man nicht versucht, etwas zu verbessern oder zu verändern, wird sofort von euch mit der Sozialkeule, da will irgendjemand den Armen was wegnehmen. Jetzt bin ich auch schon eine zeitlang im Gemeinderat, seit

1999 erlebe ich Sozialstadträtinnen, die immer sagen, wie sie alles eh sehen, aber dass man halt mit dem Land nicht anders kann, das sind bitteschön immer eure Genossen, mit denen ihr das ausreden müsst. Dass wir heute, wir haben eine KDZ-Studie zu den Pflegeheimen, wir haben auch eine KDZ-Studie, eine Finanz- und Leistungsanalyse zu den Sozialhilfeverbänden vom November 2007, also wir brauchen, liebe Elke Edlinger, natürlich auch jetzt wieder, ist gut wenn der Städtebund wieder eine Studie in Auftrag gibt, aber in der Studie steht bereits drinnen, dass die Steigerungen durchschnittlich 8 % betragen und dass sie bis ins Jahr 2011 10,2 % betragen werden. Da steht drinnen, wo wir als Stadt Graz liegen werden in den Bereichen der Pflege und im Bereich der Sozialhilfe allgemein, das ist seit 2007 bekannt. Ich weiß nicht....

Zwischenruf unverständlich.

GR. Rajakovics: Hier drinnen steht, die Entwicklung, prognostiziert KDZ 2007, steht für das Jahr Behindertenhilfe von 28 auf 42 Millionen, da hier steht drinnen, Sozialhilfe von 48 auf 55 Millionen. Das steht drinnen in dieser Studie, ich bin auch froh, ich bin nicht dagegen, dass ihr euch einbringt und dass du auch schaust, dass entsprechend auch das Land endlich aufwacht und sieht, dass es an den Gesetzen etwas ändern muss. Da hat der Gerhard Rüschi vollkommen Recht, es geht darum, dass wir die Einrichtungen nicht beschimpfen dafür, dass sie das Geld bekommen, dass wir ihnen auf Grund gesetzlicher Rahmenbedingungen geben, sondern dass wir schauen, dass wir Gesetze so legen, dass man auch in 20 Jahren vielleicht noch Pflegeheime uns leisten können. Und genau diese Diskussion gilt für diesen gesamten Bereich der Sozialhilfe. Es geht nicht darum, irgendjemandem etwas wegzunehmen, es geht darum, dass die Steigerungen in der Form nicht finanzierbar sein werden und der Wolfgang Riedler weiß das auch, weil er auch Finanzstadtrat war, das Problem ist, bei diesen Themen sind wir immer von euch allein gelassen worden und letztlich hat es immer geheißen,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Nein, zahlreiche Anträge, ob wir im Jugendwohlfahrtsbereich oder im Sozialhilfereich Evaluierungen machen könnte, ob man nicht Nachuntersuchungen machen, hat es immer geheißen, übertragener Wirkungsbereich, dafür sind wir nicht zuständig. Das haben wir leider sehr kurz beantwortet zur Kenntnis nehmen müssen, deshalb der ehrliche Versuch gemeinsam mit dem Stadtrechnungshof, wie...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Klaus, wirklich der ehrliche Versuch, weil wir sitzen in dem Fall alle im gleichen Boot, weil wenn es kein Geld gibt, habt ihr auch nichts mehr zu verteilen, weil da seid ihr eh gut, das wissen wir. Aber in dem Fall (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) geht es darum, dass man Nettodefizite, die jährlich um zwei/drei Millionen explodieren in allen Bereichen, dass man die irgendwann in den Griff bekommen und da sind wir allein viel zu schwach, weil vieles eben auf gesetzlichen Grundlagen beruht, die wir gemeinsam mitverändern müssen. Dazu brauchen wir aber Grundlagen, Basisdaten und ich hoffe, so wie auch im Pflegeheimbereich es sehr wohl unser Stadtrechnungshof war, der da auch im Land einiges aufgerüttelt hat, dass uns das im Sozialhilfereich insgesamt gelingt, damit wir gemeinsam tatsächlich das Geld aufbringen können, dass wir auch in den kommenden Jahren den Menschen, denen es wirklich schwer fällt in unserer Stadt, auch entsprechend helfen können. Danke und ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Jetzt sind wir zeitmäßig wegen der neuen Tagesordnung an den Punkt gelangt, wo wir die dringlichen Anträge nehmen und die Tagesordnung dafür unterbrechen. Zu den dringlichen Anträgen ist es diesmal so, dass ich von der Magistratsdirektion erfahre, dass vier dringliche Anträge so nicht behandelt werden können und damit nicht behandelt werden können. Der erste ist der Antrag zur Sozialraumorientierung im Sozialamt, eingebracht von der ÖVP, kann nicht als dringlicher Antrag eingebracht werden, dann beide KPÖ-Anträge zum Thema Haus Graz und der zweite zur Rückführung der AEVG und der vierte Antrag ist der zur Internetübertragung in Gemeinderatssitzungen. Alle sind damit begründet, dass sie entweder organisatorische oder finanzielle Auswirkungen haben, die nicht darstellbar sind. Nachdem wir eine neue Geschäftsordnung haben und alle heute das erste Mal durchführen, das ist jetzt ein gemeinsam eingebrachter dringlicher Antrag von Grün und Schwarz, daher von der Mehrheit eingebracht und damit entfällt die Diskussion zur Dringlichkeit.